

Dunkelziffer Unbekannt

Rassismus & rechte Gewalt in
Marzahn-Hellersdorf

Frühling 2021



< Titelbild:

12. Juni 2020

Rassistischer Angriff in Marzahn-Süd

Zwei Männer im Alter von 19 und 23 Jahren, die bei einem Umzug in der Marzahner Chaussee halfen, wurden gegen 19.10 Uhr von einem 40-jährigen Nachbarn aufgrund von Anti-Schwarzem Rassismus beleidigt und vom Balkon herunter mit Gegenständen beworfen.

Quelle: ReachOut

Impressum

Dunkelziffer Unbekannt / Heft 6

April 2021

Herausgegeben von: AK gegen Rechte Gewalt, Antirassistische Registerstelle, AStA Alice Salomon Hochschule

Kontakt: arreg@ash-berlin.eu

V.i.S.d.P.:

B.Hahn

Alice-Salomon-Platz 5

12627 Berlin

Die Verteiler_innen des Heftes sind nicht mit den Macher_innen identisch. Die Texte geben nur die Meinung der jeweiligen Autor_innen wieder.

*Wir verwenden als Geschlechterschreibweise den Gendergap und das Gendersternchen (z.B. Aktivist_innen, Aktivist*innen), um der Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen Rechnung zu tragen. Das Sternchen hinter Männer* und Frauen* setzen wir, um auf (heteronormative) Zweigeschlechtlichkeit als soziales Verhältnis zu verweisen. Die Begriffe »Mann« und »Frau« sind kein fixen, natürlichen Kategorien, sondern Positionen in diesem Verhältnis.*

Diese Ausgabe erscheint mit freundlicher Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung.

Editorial

2020 wird vielen in dunkler Erinnerung bleiben: Am 19. Februar ermordet ein rechtsterroristischer Attentäter Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz, und Gökhan Gültekin in Hanau. Hanau ist eine Zäsur und macht klar, dass Menschen mit Rassismuserfahrungen in Deutschland Angst um ihr Leben und das ihrer Kinder haben müssen. Mehr als 200 Todesopfer rechter Gewalt seit 1990 zeigen schmerzhaft die tödliche Konsequenz von Rassismus, Antisemitismus und anderen Ungleichheitsideologien. Es ist Aufgabe von uns allen, an die Ermordeten zu erinnern, zu gedenken und zu mahnen. Durch bürgerschaftliches und antifaschistisches Engagement wird dementsprechend für den am 24. April 1992 von Neonazis ermordeten Nguyễn Văn Tú ein Gedenkstein am Brodowiner Ring gestaltet werden, mehr dazu in der nächsten Ausgabe der Dunkelziffer.

Mit der weltweiten Covid-19 Pandemie sind nicht nur einschneidende Änderungen in unserem Alltag eingetreten, sondern auch das Erstarken verschwörungsideologischer Positionen – auch aus dem Sozialarbeits- und Gesundheitsbereich. Diese gipfeln im Sommer 2020 unter anderem in dem inszenierten »Sturm auf den Reichstag«- angeführt von einer Heilpraktikerin mit Nähe zur Reichsbürger-Bewegung.

Währenddessen findet sich die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen auch vielfach an der ASH. Am studentisch organisierten, digitalen Hochschultag zu fehlenden intersektionalen Perspektiven in der Lehre und an der Hochschule nehmen 200 Personen teil (S. 6). Mit dem Forschungsprojekt »Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er-Jahren« wird ein Blick auf den Umgang mit rechten Jugendlichen Anfang der Neunziger Jahre im Nachbarbezirk Lichtenberg gelenkt (S. 8). Und dass Lehre und Lernen aus der Geschichte nicht nur in Seminarräumen stattfinden, wird mit den Spazierblicken zu Stolpersteinen im Bezirk sowie zu weiteren ausgewählte Orten antirassistischen und antifaschistischen Erinnerns und Handelns deutlich (S. 10).

Rechte Aktivitäten in Marzahn-Hellersdorf stellt der diesjährige Register-Jahresbericht vor (S. 14). Ergänzt wird dieser mit Artikeln, die sich mit Angriffen auf die Zivilgesellschaft durch die AfD (S. 22) sowie die neonazistische Kleinstpartei III.Weg (S. 27) beschäftigen. Im Superwahljahr 2021 werden sechs Landesparlamente und der Bundestag neu gewählt. Welche Gefahr die AfD für Parlamente bedeutet, beleuchten wir anhand der »Arbeit« der AfD in Marzahn-Hellersdorf (S. 24).

Demokratischer und antifaschistischer Widerstand bleibt wichtig! Und so freuen wir uns, euch in dieser Ausgabe der Dunkelziffer unterschiedliche Initiativen und Projekte vorzustellen, darunter unter anderem den von Studierenden der ASH produzierten Podcast nah & distanziert (S. 9), die Kampagne Solidarische Kieze (S. 12) und die Antifaschistische Vernetzung Marzahn-Hellersdorf (S. 31).

2021 jährt sich die Selbstenttarnung des NSU zum zehnten Mal. Noch immer ist der NSU-Komplex nicht vollständig aufgeklärt, die Rolle des Verfassungsschutzes weiter im Dunkeln, die Kritik an rassistischer Ermittlungsarbeit der Polizei und die rassistische Medienberichterstattung noch immer laut, und die Forderungen nach lückenloser Aufklärung bestehen laut NSU-Watch weiterhin (S. 36).

Mit Trauer im Herzen mussten wir uns am 14. Oktober 2020 von Karin Schwarz verabschieden. Karin war eine politische Vorkämpferin, hat sich seit Jahrzehnten gegen Ungerechtigkeiten engagiert und den AK gegen Rechte Gewalt an der ASH mitgegründet. Wir vermissen Karin schmerzlich und beenden die Dunkelziffer mit ihrem Nachruf (S. 38).

Wir freuen uns über diese Ausgabe der Dunkelziffer und bedanken uns bei allen Beteiligten.

AK gegen Rechte Gewalt, Antirassistische Registerstelle und AStA der ASH, April 2021



↑

16. Mai 2020

Rassistischer Angriff in Marzahn-Mitte

Eine 29-jährige Frau wurde gegen 21.30 Uhr in der Märkischen Allee von einem 58-jährigen Mann rassistisch beleidigt und angegriffen.

Quelle: ReachOut

Inhalt

- 06 Fehlende intersektionale Perspektiven** auf Hochschullehre und Strukturen
- 08 JUPORE**
Das Forschungsprojekt
»Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren«
- 09 Soziale Arbeit, wir müssen reden!**
»nah & distanziert - der Podcast zu Kritischer Sozialer Arbeit«
- 10 Erinnern heißt verändern**
Kiezspaziergänge zu Stolpersteinen und für eine würdige Erinnerungskultur
- 13 Cybernauties**
Sensibel, kritisch und netzpolitisch mit Digitalisierung umgehen
- 14 Jahresbericht der Antirassistischen Registerstelle 2020**
- 22 Zivilgesellschaft in Gefahr**
- 24 Eine ganz normale demokratische Partei?**
Die AfD Marzahn-Hellersdorf in der BVV
- 27 Aufmärsche, Politik und Propaganda**
Der III. Weg in Marzahn-Hellersdorf
- 28 Gedenken an die NS-Verbrechen** im Hier und Heute antifaschistisch gestalten
- 31 »Hier leben, arbeiten, studieren und politisch aktiv sein«**
Antifaschistische Vernetzung Marzahn-Hellersdorf
- 32 Homa und Tajala**
Aufklärungsinitiative
Feminizide an Mutter und Tochter in Marzahn-Hellersdorf
- 35 Buchempfehlung**
Veronika Kracher, Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults
- 36 »Aufklären und Einmischen«**
»Aydınlatma ve Müdahale«
»Inform & Interfere«
Zehn Jahre (Nicht-)Aufklärung des NSU-Komplexes
- 38 In Gedenken an Karin**
- 39 Kontaktadressen**

Fehlende intersektionale Perspektiven auf Hochschullehre und Strukturen

von N. Ayten, D. Herrera, M. Yildiz, P. Vater

*Lange habe ich nachgedacht über das, was ich euch zu sagen hab
Hier angereist, habe gelernt, vorsichtig zu sein. Viel zu viel, zu viel zu verlieren.
Bitte niemanden auf den Füßen treten!
Jeder Blick prüft, ob ich mich schon angepasst hab, also bleib ich kurz an der Tür stehen...
Tausende Gedanken laufen durch meine Venen: Wie viel bin ich bereit zu ertragen?
Welchen Preis will ich heute zahlen?
Oder... Entscheide ich mich diesmal die Zunge zu beißen? Still zu halten?
Doch ... Doch reden will ich!*

TRVANIA - @trovaniasink

Es gibt plurale Defizite an der ASH Berlin. Diese Defizite begründen sich in erster Linie in den Strukturen der Hochschule. Gesellschaftlich ausgrenzende und diskriminierende Machtverhältnisse reproduzieren sich auch im Hochschulkontext. Zwar wirbt die ASH mit einem diskriminierungssensiblen Lehrangebot, dennoch berichten Studierende unterschiedlichster (mehrfach) marginalisierter Subjektpositionen fortwährend von Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Hochschule, einer zu geringen Möglichkeit und Strukturen für Beschwerden und Schutz.

Es ist das Anliegen der Studierendeninitiative »Ich bin da!« und des BiPoC¹-Referats, diese strukturellen Defizite zu thematisieren und zu verhandeln. Aus diesem Anliegen heraus entstand die Idee einer Veranstaltung, bei der unterschiedliche Akteur*innen der ASH zusammenkommen sollten, um in einen Dialog über Perspektiven, Wünsche, Notwendigkeiten, Bedarfe und Ressourcen zu treten und einen Konsens über eine mögliche Zusammenarbeit zu finden. So entstand der Hochschultag »Fehlende intersektionale Perspektiven auf Hochschullehre und Strukturen«, der am 18. November 2020 von der »Ich bin da!«-Studierendeninitiative und dem BiPoC-Referat online ausgerichtet wurde.

Ehemalige und aktuelle Studierende haben in ihren Darstellungen fehlende intersektionale Perspektiven an der Hochschule aufgezeigt. P. Vater und N. Ayten haben die Ergebnisse ihrer Masterarbeit vorgestellt, indem sie den Fragen nachgegangen

sind, wo nicht weiße Studierende Rassismuserfahrungen innerhalb der ASH machen, welche Auswirkungen diese Erfahrungen auf das Studieren der Befragten haben und welche Strategien diese entwickelt haben, um mit diesen Erfahrungen umzugehen. B. Okcu hat auf die Stigmata in Bezug auf muslimische Studierende im Hochschulkontext aufmerksam gemacht. I. Qureshi beschrieb, wie er klassistische Diskriminierung und Ausgrenzung im Hochschulkontext erfahren hat, welche Auswirkungen Gefühle wie Scham mit sich bringen und wie sich diese in einem theoretischen Kontext verorten und politisieren lassen.

Außerdem gab es Impulsvorträge von Peggy Piesche und von iPÄD mit Tuğba Tanyılmaz und Ed Grewe.

In einem Podiumsgespräch wurden die Interessenvertretungen des Queer-Referats mit S. Baltus, des BiPoC-Referats mit M. Yildiz, der Schwerbehindertenvertretung mit K. Fotso, dem Refugee Office mit A. Taheri und des EmpA²-Teams mit Dr. A. Krishnamurthy und W. Bogadhi zusammengebracht. Vertreten wurde außerdem die Antirassismus-AG durch Prof. Dr. I. Attia und die Diversity-Kommission durch Prof. Dr. B. Schäuble. Neben Prof. Dr. N. Prasad und Prof. Dr. S. Köbsell, zwei Lehrenden für Intersektionalität und Disability Studies, war die Rektorin der ASH Berlin Prof. Dr. B. Völter anwesend.

1 Black, Indigenous and People of Color (BiPoC) ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrung, die nicht als weiß, deutsch und westlich wahrgenommen werden und sich auch selbst nicht so definieren.

2 EmpA steht für Empowerment und Antirassismus und ist der Projektname eines Projekts an der ASH, welches das Ziel verfolgt mittels eines Empowermentansatzes die Situation von rassistischem Erfahrungen Studierendenden zu verbessern.

Die Interessenvertretungen haben die diskriminierenden Strukturen und Problemlagen geschildert, mit denen sich Studierende an sie wenden und haben ihre Forderungen ausgesprochen. Es wurde sichtbar, dass es viele Überschneidungen in den Erfahrungen und Forderungen der einzelnen Interessenvertretungen gibt.

Beispiele für diese Überschneidungen in Bezug auf Problemlagen sind:

- Sprachbarrieren, Ausgrenzung aufgrund sprachlichen Schwierigkeiten, Deutsch als Norm;
- Diskriminierung in den Seminaren in Form von Ungleichbehandlung, Ausgrenzung, andere oder Nichterwartungen an BIPOC-Studierenden;
- Lehrende intervenieren nicht, bagatellisieren oder sind selbst an Diskriminierungen beteiligt;
- Eurozentristische Perspektiven und Wissensvermittlung, rassistische Lehrinhalte. Marginalisierte Perspektiven und Wissenschaftler*innen sind unsichtbar;
- Gesellschaftliche Machtverhältnisse werden in anderen Seminaren außer Rassismus- und Gender-Seminaren kaum mitgedacht;
- Diskriminierende Lehrmethoden, keine Rücksicht, kaum Sensibilität für Lebensrealitäten;
- Keine formale Beschwerdestelle, es fehlt an Beschwerdemanagement;
- Große Unterschiede in der Lehre verschiedener Studiengänge an der ASH bezüglich der Diversität in der Lehre, fehlende Kommunikation zwischen den Studiengängen



Logo: Design Ö. Özbey

Unter anderem wurden folgende Forderungen von Interessenvertretungen gestellt:

- Die ASH Berlin muss eine klare Verantwortung übernehmen als Institution, um diskriminierende Strukturen abzuschaffen;
- Die Antidiskriminierungssatzung muss umgesetzt werden;
- Es muss einen Personalschlüssel bei der Personaleinstellung für benachteiligte Gruppen und nichtweiße Lehrende geben;
- Diversität muss ein Querschnittsthema für die Qualifikation von Lehrenden und Verwaltung sein;
- Es muss eine fest verankerte Antirassismusbeauftragte mit Handlungsmacht und Stimmrecht geben, die institutionell verankert ist und nicht nur projektbezogen
- Es muss ein unabhängiges Beschwerdemanagement geben;
- Diskriminierungsfreie Lehrmethoden, Prävention und Intervention müssen sichergestellt werden;
- Die ASH Berlin muss sicherstellen, dass Lehrende zur Rechenschaft gezogen werden und wenn nötig mit Sanktionen rechnen müssen, wenn sie diskriminierend handeln oder Diskriminierung zulassen und nicht intervenieren;
- Es muss Schulungen für alle Beschäftigten nach dem AGG und LADG geben;
- Betroffene Perspektiven und Expertisen müssen in den Strukturen, Diskursen und Lehrinhalten Raum bekommen;
- Gesellschaftliche Machtverhältnisse müssen in allen Seminaren und Lehrinhalten mitberücksichtigt werden.

Als abschließendes Commitment des Podiumsgesprächs waren die Teilnehmenden sich darin einig, dass die geschilderten Problemlagen und Forderungen in weiteren Gesprächen, z.B. in Form eines ‚Runden Tisches‘, gemeinsam angegangen werden. Es ist nun wichtig, dass dieses Commitment umgesetzt und konkretisiert wird. Damit ein regelmäßiges Zusammenkommen nicht informell bleibt, plädieren wir dafür konkrete Ziele und Arbeitspläne zu erstellen. Diese müssen überprüfbar sein, so dass die verantwortlichen Akteur*innen zur Pflicht gerufen werden können. Eine prozesshafte Zusammenarbeit aller Akteur*innen ist grundlegend wichtig für eine Hochschule, die sich ihren fehlenden intersektionalen Perspektiven stellen möchte!

Auf eine solidarische Zusammenarbeit!

Die ‚Ich bin da!‘- Studierendeninitiative & das BIPOC-Referat

JUPORE

Das Forschungsprojekt »Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren« (JUPORE)

Lucia Bruns und Christin Jänicke arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im Projekt JUPORE, einem gemeinsamem IFAF-Forschungsprojekt der ASH Berlin und der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin unter der Leitung von Prof. Dr. Esther Lehnert und Prof. Dr. Christoph Kopke.

Worum geht es in Eurem Forschungsprojekt?

Christin Jänicke: Wir beschäftigen uns mit der Rekonstruktion des polizeilichen und sozialpädagogischen Umgangs mit rechten und rechtsextremen Jugendlichen in den 1990er Jahren, mit dem Fokus auf Berlin-Lichtenberg und Cottbus.

Lucia Bruns: Wichtig ist in unserer Forschung eine geschlechtersensible und rassismuskritische Perspektive. Es geht neben der Rekonstruktion des Umgangs auch darum, Wissen zu generieren, welches für die gegenwärtige Fachdebatte und Praxis nützlich sein kann.

Wieso betrachtet Ihr diese beiden Perspektiven gemeinsam? Soziale Arbeit und Polizei werden ja nicht unbedingt zusammen gedacht.

CJ: Die Zeit Anfang der 1990er Jahre war gekennzeichnet von rassistischen Ausschreitungen und rechten Gewalttaten, die oftmals dem jugendlichen Rechtsextremismus zugeordnet wurden. Sowohl Polizei als auch Soziale Arbeit mussten einen Umgang mit dem gleichen Problem, der rechten (Jugend-)Gewalt, finden. Dabei hatten beide Professionen unterschiedliche Prämissen und Zuständigkeiten: Im Fokus der Polizei standen Straf- und Gewalttaten, wohingegen die Soziale Arbeit diese Taten möglichst vorher verhindern wollte, indem sie die Jugendlichen im wörtlichen Sinne von der Straße holte.

LB: Es gibt einige Texte aus der Jugendarbeit dieser Zeit, die das Handeln der Polizei und das eigene Betätigungsfeld direkt

verhandeln. Da wird z. B. die Frage aufgeworfen, wie mit den rechten Jugendlichen vom Bahnhof Lichtenberg umgegangen werden soll und wie man sich gegenüber der Tatsache verhält, dass nur noch die Polizei da ist, wenn sich dieser Gruppe keine Sozialarbeiter*innen mehr widmen. Das war damals eine offene Frage, wie man verhindern kann, dass das Thema Rechtsextremismus komplett der Polizei überlassen wird.

Wie kann man dieses komplexe Thema 30 Jahre später analysieren?

LB: Methodisch nähern wir uns dem Thema durch Expert*inneninterviews und Diskursanalyse. Generell stellt uns die Pandemie natürlich forschungspraktisch vor Herausforderungen. Geschlossene Bibliotheken und Archive und die Organisation von Interviews unter Hygieneauflagen erschweren teilweise einen reibungslosen Ablauf der Forschung.

CJ: Das Gute ist, dass wir in beiden Regionen in Lichtenberg und Cottbus auf Expertisen aus Forschung, antifaschistischen Recherchen, Reflexionen von Sozialer Arbeit und Polizei sowie Erinnerung von Zeitzeug*innen zurückgreifen können. Dabei ist uns wichtig, nicht einen weiß-, männlich- und westdeutsch geprägten Blick auf Rechtsextremismus im Osten zu reproduzieren, sondern auch marginalisierte Perspektiven aus dieser Zeit zu rekonstruieren. Das gestaltet sich nach 30 Jahren schwieriger, da sie in der bisherigen Betrachtung vielfach fehlen. Umso wichtiger ist es, dran zu bleiben.

Soziale Arbeit, wir müssen reden!

»nah & distanziert - der Podcast zu Kritischer Sozialer Arbeit«



Seit einem Jahr begleitet die Corona-Pandemie unseren Alltag und stellt uns persönlich und unsere Gesellschaft vor massive Herausforderungen. Systemrelevanz, Solidarität und soziale Spaltung werden in linken Kreisen diskutiert, während im medialen Diskurs die aktuelle Situation von Sozialarbeiter*innen und den Adressat*innen der Sozialen Arbeit, die zumeist aus marginalisierten Gruppen besteht, kaum Beachtung finden.

Im April letzten Jahres stellten wir, fünf ehemalige Studierende der ASH, uns die Frage, welche Auswirkungen die Pandemie auf die Arbeitsbedingungen unserer Freund*innen hat, die direkt nach dem Studium einen Job in dem sozialen Bereich angefangen haben.

Wir hören in unserem Umfeld immer wieder von der Erfahrung, wie die kritischen Visionen sich in der beruflichen Praxis aufreiben und dass es bedauert wird, viel zu wenig Foren des Austausches zu haben. Warum ist das so? Welche Veränderungen braucht die Soziale Arbeit? Wie lassen sich Aktivismus und Lohnarbeit verbinden? Lassen sie sich

verbinden? Wie können solche Formen des Austausches ins Leben gerufen werden – insbesondere jetzt in Zeiten des physical distancing?

Aus den vielen Fragen heraus und der mangelnden Repräsentation von Sozialarbeiter*innen in der öffentlichen Debatte entschieden wir uns, einen Podcast zu kritischer Sozialer Arbeit mit dem Namen »nah & distanziert« zu starten. Der Podcast hat das Ziel, auf einer macht- und gesellschaftskritischen Ebene Themen rund um die Soziale Arbeit zu diskutieren und individuelle Perspektiven von Sozialarbeiter*innen in den Blick zu nehmen. So sollen prekäre Arbeitsbedingungen und unterschiedliche Biografien innerhalb der Sozialen Arbeit sichtbar gemacht werden. Auch ein kritischer Blick auf die Profession soll hier Platz finden. Es ist uns besonders wichtig, immer wieder auf das politische Mandat der Sozialen Arbeit hinzuweisen und mit unseren Gästen aus verschiedensten Praxisfeldern zu diskutieren, wie dieses umgesetzt werden kann.

Hören könnt ihr uns über unsere Seite www.nahunddistanziert.de, mit dem RSS-Feed über Podcatcher und auch auf Spotify und YouTube.

Folgt uns auf Instagram, Twitter und Facebook! Und leitet es an eure Friends und Kolleg*innen weiter
Wir freuen uns sehr über Feedback und Anregungen!

Das Team vom Podcast »nah & distanziert«: Anika, Christian, Lotte, Lennart und Latifa

Was ist kritische Soziale Arbeit?

Wie andere Professionen auch (Psychologie, Medizin, etc.) war die Soziale Arbeit in der BRD insbesondere in Folge der Studierendenbewegungen der 60er Jahre vermehrt einer radikalen (Selbst)-Kritik ausgesetzt, die auf die Rolle der Sozialen Arbeit in der Reproduktion kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse und in der Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus hinwies. Bezogen sich solch kritische Positionen zunächst vor allem auf klassische marxistische Ansätze und die der Frankfurter Schule, haben sich die Bezugspunkte heute vervielfacht, womit mehr und mehr auch zu Debatte steht, was das »kritische« einer kritischen Sozialen Arbeit ausmacht. Gemein ist vielen aktuellen Ansätzen einerseits, die Ökonomisierung Sozialer Arbeit zu problematisieren und zugleich den emanzipatorischen Anspruch Sozialer Arbeit zu betonen. Orte solch eines kritischen Austausches sind häufig die Arbeitskreise Kritischer Sozialer Arbeit (AKS), die in vielen Städten existieren.

Unsere bisherigen Folgen:

- #1 Jugendhilfe in Zeiten von Corona: Vertrauen, Kontrolle & Supermarkt
- #2 Frauenhaus: Handlungsfähigkeiten, Krisen & Patriarchat
- #3 Gewerkschaften und Soziale Arbeit: wie organisieren?
- #4 Schulsozialarbeit: Auf den Fluren des Systems
- #5 Spannungsfelder der Sozialen Arbeit: Betroffenheit und Professionalität
- #6 Corona & Verschwörungsmythen an der Hochschule
- #7 So, was wie Medienpädagogik?
- #8 Aktivismus vs. Lohnarbeit: Zwischen Prekariat, Mandat und Kritik
- #9 Teamsitzung vs. Staffelfinale: Let's Talk Kritische Soziale Arbeit

Weiterlesen:

www.aks-berlin.org/

www.bdwi.de/forum/archiv/uebersicht/9065061.html

www.irf.fhnw.ch/bitstream/handle/11654/4299/Philippe%20Haldi.pdf

Roland Anhorn, Frank Bettinger, Cornelis Horlacher, Kerstin Rathgeb: Kritik der Sozialen Arbeit - kritische Soziale Arbeit. Springer VS (Wiesbaden) 2012

Erinnern heißt verändern

Kiezspaziergänge zu Stolpersteinen und für eine würdige Erinnerungskultur

»Es darf kein Vergessen geben! Ein einfacher Satz. Es ist ein Satz, der uns verbindet. Hinter seiner Einfachheit verbergen sich die Geschichten und Erfahrungen Unzähliger. Er ist die Lösung antifaschistischer Kämpfe, die eine Linie der Kontinuität aufzeigt, die von Hanau im Jahr 2020, nach Mölln im Jahr 1992, bis hin zur nationalsozialistischen Gewalt der 1930er und 1940er Jahre reicht. Dieser Satz ist nicht nur das verbindende Element unserer Kämpfe, er ist auch die Bedingung für ein würdiges Erinnern. Ein würdiges Erinnern, das wir gewillt sind zu erkämpfen.«¹

Mit diesem einfachen Satz »Es darf kein Vergessen geben!« leiten Newroz Duman² und İbrahim Arslan³ ihre Denkschrift für eine würdige Erinnerungskultur unter dem Titel »Von Mölln bis nach Hanau: Erinnern heißt verändern« ein, die sie am 19. Februar 2021, dem Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau, veröffentlicht haben. Eine würdige Erinnerungskultur müsse die Kontinuität rechter Gewalt und auch die Erfahrungen der migrantischen Selbstorganisation in den Blick nehmen sowie entsprechende Konsequenzen für die Praxis des Erinnerns ziehen. Diese Aufgabe und Herausforderung nehmen wir in verschiedenen Kontexten auch mit für die eigene Praxis an der ASH Berlin – ob als Lehrende, Studierende oder Mitarbeiter*innen in der Verwaltung. Das zeigen in Ansätzen die verschiedenen Kiezspaziergänge in 2020 zu Stolpersteinen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf sowie zu weiteren exemplarischen Orten antirassistischen und antifaschistischen Erinnerns und Handelns, die wir in diesem Beitrag vorstellen möchten.

Raus aus der Hochschule – rein in die Kieze: Solidarische Praxen und Kieze vor Ort gestalten

Lehren und Lernen aus der Geschichte und mit Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen Themen findet nicht nur in Seminarräumen statt. So stellen unter anderem die bereits seit 2009 über das Kooperationsforum initiierten »Spazierblicke« ein niedrigschwelliges Format dar, das auch für kleinere Gruppen geeignet ist, den eigenen oder einen noch unbekanntem Stadtteil mit



↑

28. November 2020

Antisemitische Pöbelei in Kaulsdorf

Als ein Mann anlässlich des 9. November zwei Stolpersteine für Elsa Veronika Fischl und ihre Tochter Ilse Friederike Fischl im Mädewalder Weg 37 säuberte, kommentierten dies zwei ältere Frauen. Sie bestritten, dass Elsa Veronika Fischl und Ilse Friederike Fischl jemals in dem Haus gelebt hätten und machten sich über die Putzaktion des Mannes verächtlich. Beim Verlassen der Szenerie riefen sie dem Mann Holocaust-Relativierungen hinterher.

Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) unsere Putzaktivitäten unterstützt.

thematischem Bezug – bei unseren Beispielen – zu verschiedenen solidarischen Praxen zu erkunden und »laufend« Orte und Projekte widerständiger demokratischer Alltagskultur kennenzulernen. In Exkursionen als Teil von Seminaren haben wir uns mit Fragen solidarischen und würdigen Gedenkens und Erinnerns auseinandergesetzt. So haben wir an Kiezspaziergängen und Spazierblicken teilgenommen und/oder diese selbst (mit)entwickelt.



Stolpersteine: Putzen wider das Vergessen – Erinnerung pflegen

Stolpersteine – das sind zehnmal zehn Zentimeter große, mit einer Messingplatte besetzte Pflastersteine. Sie erinnern an Menschen, die zwischen 1933 und 1945 von den Nationalsozialisten verfolgt, entrechtet, vertrieben und ermordet wurden. Auf der Messingplatte an der Oberseite sind der Name und das Schicksal des Menschen, an den erinnert wird, zu lesen. Die kleinen Betonquader werden von dem Künstler Gunter Demnig vor den letzten frei gewählten Wohnorten der Opfer in den Boden eingelassen.

2020 fand gemeinsam mit dem Bündnis für Demokratie und To-

leranz ein Spazierblick zu ausgewählten Stolpersteinen in Kaulsdorf und Mahlsdorf statt⁴. Wir waren begeistert von dem großen Interesse an diesem Spazierblick und zugleich beeindruckt von den für uns recht »versteckten« Orten der Stolpersteine in den Ein- und Mehrfamilienhaus-Wohngebieten in Kaulsdorf und Mahlsdorf: Wir »stolperten« hier wirklich nur über die Gedenksteine, weil wir sie bewusst und geführt aufsuchten. Manche Nachbar*innen pflegen regelmäßig und liebevoll »ihre« Stolpersteine vor der eigenen Haustür und beschäftigen sich mit den Lebensgeschichten der Menschen, an die erinnert wird. Andere Nachbar*innen waren nicht erfreut, als »ausgerechnet vor ihrer Haustür« Stolpersteine verlegt werden sollten – und wurden. Das sind ernüchternde Berichte bei unserer ersten Tour, aber eben auch sehr schöne und Mut machende, bewegende Begegnungen, die wir zum Beispiel bei unserer zweiten Tour erlebt haben: Einem Putzspaziergang im September 2020, den wir im Rahmen der Berliner Freiwilligentage als Aktion und Angebot der Kampagne Solidarische Kieze angeboten haben. Unser Putz-Spaziergang führte uns zur Lohengrinstraße 2 zu den Gedenksteinen von Heinrich Lange, Rosa Lange, Manfred Lichtenstein, Max Lange, Salo Lange und Denny Lange, zur Hannsdorfer Straße 8, wo an Emil Roth, Emilie Roth und an Hedwig Mentzen erinnert wird sowie zur Nentwigstraße 10, wo wir auch den Stolperstein für Eva Wolff von Straßenschmutz und Patina befreiten.

1 Duman, Newroz/Arslan, İbrahim (2021): Von Mölln bis nach Hanau: Erinnern heißt verändern, abrufbar unter: www.boell.de/de/2021/02/19/von-moelln-bis-nach-hanau-erinnern-heisst-veraendern

2 Newroz Duman kämpft in der Initiative 19. Februar um Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen der rassistischen Anschläge in Hanau. Sie ist als Referentin in der politischen Bildungsarbeit tätig und als Aktivistin für Selbstorganisation, Flucht, Empowerment und Antirassismus seit 2008 bei »Jugendliche ohne Grenzen« und seit 2017 bei »We'll come United« aktiv. Newroz Duman ist 2002 über das Mittelmeer nach Deutschland geflüchtet und lebt in Hanau.

3 İbrahim Arslan überlebte als siebenjähriger Junge die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992. Seine Großmutter Bahide Arslan, seine Schwester Yeliz Arslan und seine Cousine Ayşe Yılmaz verloren bei dem Anschlag ihr Leben. Er engagiert sich seit vielen Jahren vor allem in Schulen als Politischer Bildungsreferent und stärkt die Perspektive der Betroffenen.

4 Zum initiierten Stolpersteine-Spazierblick siehe auch: Elène Misbach (2020): Solidarität – Kooperationen zwischen ASH Berlin und Marzahn-Hellersdorf. in: *alice* 39, S. 88-92.

Erinnern und Organisieren! Solidarische Kieze entwickeln

Ein weiterer Spazierblick führte die Teilnehmenden zu ausgewählten Orten antirassistischen und antifaschistischen Erinnerns und Handelns in Hellersdorf-Nord und -Ost. Dieser Kiezspaziergang unter dem Motto »Erinnern und Organisieren! – Solidarische Kieze entwickeln« wurde entwickelt vom Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf, dem AK gegen Rechte Gewalt und der antirassistischen Registerstelle an der Alice Salomon Hochschule – und ebenfalls im Rahmen der Freiwilligentage und der Spazierblicke-Reihe als Beitrag zur Kampagne Solidarische Kieze angeboten.

Start war am Alice-Salomon-Platz. Dort findet seit 2009 jährlich das Demokratiefest »Schöner leben ohne Nazis« statt, und der Platz war in der Vergangenheit schon häufig Start- und Endpunkt extrem rechter Aufmärsche. Weiter ging es zunächst zur Schule am Rosenheim, in deren Hof am 9. Juli 2013 eine Informationsveranstaltung des Bezirks über die damals geplante Notunterkunft für Geflüchtete im ehemaligen Max-Reinhardt-Gymnasium in der benachbarten Carola-Neher-Straße eskalierte und als »Brauner Dienstag« in die Geschichte des Bezirks weit über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt wurde: Extrem Rechte tarnten sich als »Bürgerinitiative/Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf«, mobilisierten gegen die Unterkunft und die Menschen, die dort einziehen sollen und kaperten damals die Veranstaltung. Danach ging es zu antirassistisch und antifaschistisch motivierten Praxen und Orten: zur Gemeinschaftsunterkunft in der Maxie-Wander-Straße, dem Ladenlokal »LaLoKa« und dem »Café Interfix« im Kastanienboulevard über das »Café auf Rädern« der evangelischen Kirchengemeinde Hellersdorf und zum Schluss, den »Place Internationale« passierend, zum Cottbusser Platz, in dessen Umfeld immer wieder extrem rechts motivierte Angriffe und Bedrohungen dokumentiert werden.

Aus- und Lichtblick

Inspiziert von der Teilnahme an dem Kiezspaziergang »Erinnern und Solidarisieren« entwickeln aktuell Studierende unterschiedlicher Seminare im Bachelor Soziale Arbeit als Vertiefung zu den Themen Solidarität und Antirassismus, antifaschistische Gemeinwesenarbeit und würdige Erinnerungskultur nun eigene Projektideen, die sie mit der Arbeit von Akteuren vor Ort verknüpfen bzw. diesen für eine Weiterentwicklung zur Verfügung stellen möchten. Wir werden auch zukünftig diese und weitere Formen der aktiven und solidarischen Erinnerungsarbeit pfe-

gen – ob bei Aktivitäten in Marzahn-Hellersdorf, in anderen Kiezen, in anderen Städten, mit Bezug zur nationalsozialistischen Gewalt der 1930er und 1940er Jahre ebenso wie zu aktuellem rechten Terror. Denn: »Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst« – Um mit den Worten des in Hanau ermordeten Ferhat Unvar abzuschließen.

Zum Weiterlesen:

- Gabriele Fischer (2018): Verwerfungen der Betrauerbarkeit – Aushandlungen des Gedenkens. Dynamiken des Erinnerns an Opfer rechter Gewalt seit der Selbstenttarnung des NSU, in: Dimbath, Oliver/Kinzler Anja/Meyer Katinka (Hg.): Vergangene Vertrautheit. Soziale Gedächtnisse des Ankommens, Aufnehmens und Abweisens. Wiesbaden, S. 75 – 92.
- Vera Henßler (2020): Umkämpfte Erinnerung, in: apabiz (Hrsg): monitor 88, S. 1-3.
- Lydia Lierke, Massimo Perinelli (Hg.) (2020): Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive, Berlin.

Kampagne Solidarische Kieze in Marzahn-Hellersdorf

Solidarische Kieze ist eine Kampagne für alle, die sich aktiv für offene, solidarische, vielfältige und demokratische Nachbarschaften einsetzen. Initiiert von verschiedenen Akteur*innen aus dem Kooperationsforum ASH – Bezirk sowie dem Bündnis für Demokratie und Toleranz ist die Kampagne im März 2020 gestartet: Vor den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen im Herbst 2021 möchten die beteiligten Akteur*innen auf bezirklicher Ebene mit der Kampagne an ähnliche Ansätze anknüpfen – wie zum Beispiel dem zivilgesellschaftlich breit angelegten, bundesweit agierenden Bündnis #unteilbar – und vor Ort eingreifen in die Entwicklung zunehmender gesellschaftlicher Polarisierungen. Dazu gehören auch Interventionen im öffentlichen Raum und konkrete solidarische Unterstützung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt, von Geflüchteten und Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus sowie anderen marginalisierten Gruppen.

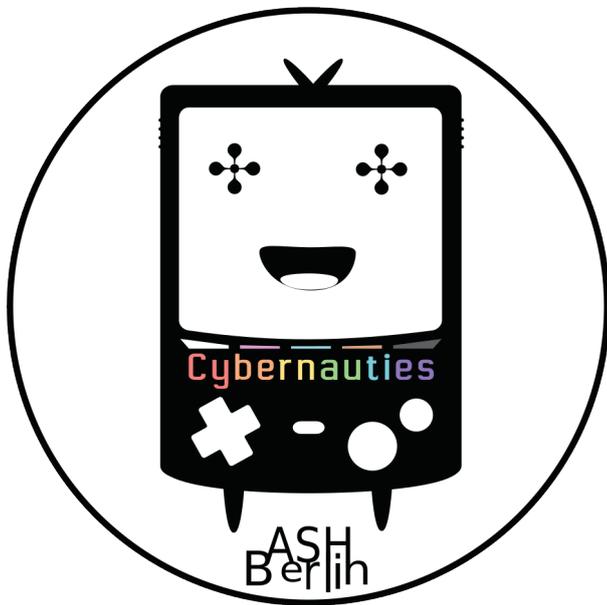
Interesse mitzumachen oder eine eigene Aktion zu teilen?

Kontakt: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de oder solidarische_kieze@ash-berlin.eu

Website: buendnis.demokratie-mh.de/solidarische-kieze/

Cybernauties

Sensibel, kritisch und netzpolitisch mit Digitalisierung umgehen



Die Cybernauties sind eine studentische Hochschulgruppe, welche sich um die technische Infrastruktur der studentischen Selbstverwaltung kümmert und versucht, durch technische Lösungen, Hochschulangehörige zu vernetzen und Kommunikation zu ermöglichen. Die Cybernauties setzen sich in der Hochschulpolitik für mehr Medienkompetenz, Medienkunde, Mediendidaktik im Sinne einer besseren und Studierenden gerechten Lehre ein. Wir möchten einen achtsamen Umgang zu Fragen der Digitalisierung fördern und auf alternative Nutzungen von Technik, Internet und Software hinweisen, wie sie beispielsweise Free Open Source Software darstellt. Gemeinsam möchten wir uns in technischen, cyber-philosophischen Thematiken weiterbilden und unsere Erfahrungen austauschen.

Von der Hochschule wünschen wir uns mehr Transparenz und Interventionsmöglichkeiten zu digital-technischen Entscheidungen und Offenheit für Kritik. Für die Studierenden wünschen sich die Cybernauties eine Plattform zur digitalen Interaktion und Datenaustausch mit anderen Studierenden (Cloud) und Zugriff auf E-Mailadressen der Hochschule mit der Möglichkeit der Verschlüsselung via PGP. Zusätzlich zu einer besseren digitalen Infrastruktur für Studierende und Hochschulangehörige braucht es eine Lehre, welche sensibel, kritisch und lösungsorientiert Strukturen, Systeme und Funktionen von digitalen Räumen im Kontext der SAGE¹-Disziplinen thematisiert.

DU bist interessiert und möchtest mehr erfahren oder gar ein Cybernautie werden oder uns über etwas informieren? Dann schreib uns einfach eine E-Mail an: cybernauties@ash-berlin.eu

Auf der Website des AStA der ASH Berlin könnt ihr noch mehr über die Cybernauties erfahren: www.asta-ash.eu/cybernauties/ (Zum Beispiel findet ihr dort im Bereich Downloads unsere Artikel, Stellungnahmen und Forderungen)

Die Cybernauties wünschen euch auf euren Datenreisen freundliche Bits und Bytes.

¹ SAGE steht für das Fächerprofil Soziale Arbeit, Gesundheit, Erziehung und Bildung

Jahresbericht der Antirassistischen Registerstelle 2020

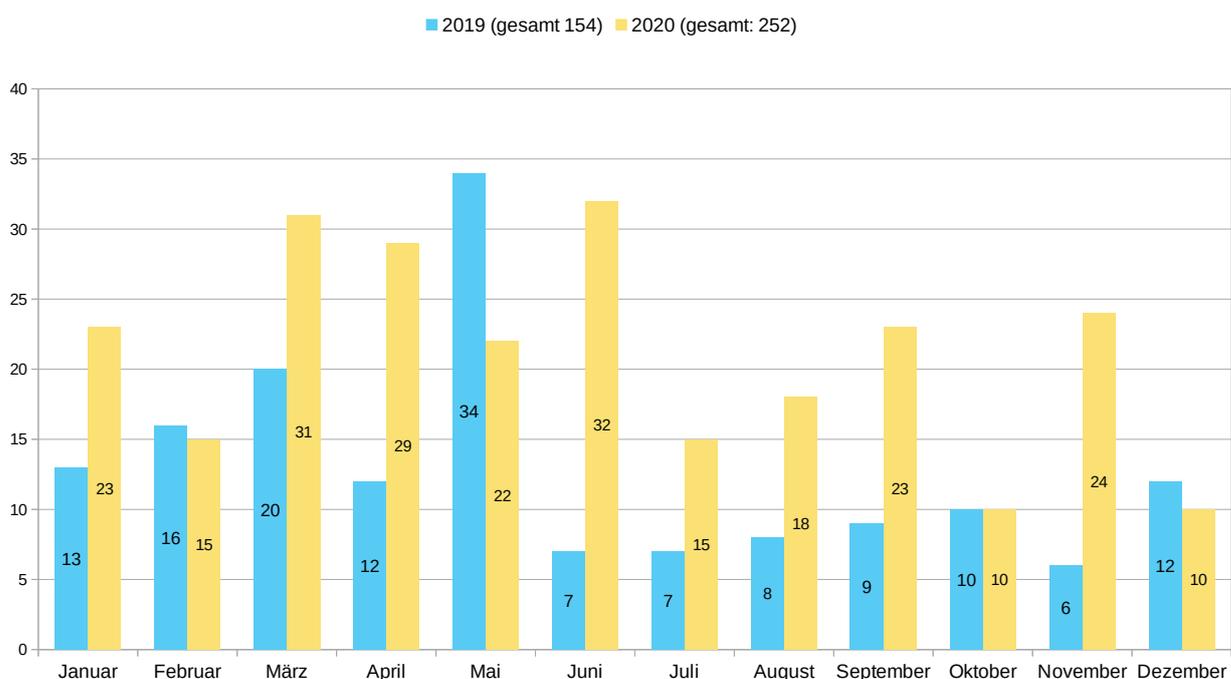
Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf am östlichen Rand Berlins wird in persönlichen Gesprächen oder in der medialen Berichterstattung oft mit Neonazis in Verbindung gebracht. Besonders die rassistischen Demonstrationen gegen die Aufnahme Geflüchteter, welche von 2013 bis 2015 regelmäßig stattfanden, sind vielen in Erinnerung geblieben. In diesem Zusammenhang wurde auch die Antirassistische Registerstelle der Alice-Salomon-Hochschule gegründet. Sie soll helfen extrem rechte und allgemein diskriminierende Vorfälle im Bezirk zu dokumentieren. So entsteht ein empirisch nachprüfbares Bild über die Stimmung unter den knapp 270.000 Bewohner:innen des Bezirks. Allerdings können nur Vorfälle aufgenommen werden, die dem Berliner Register nachweisbar gemeldet wurden. Die Dunkelziffer bleibt hingegen unbekannt.

Jahresrückblick des Registers

Im Jahr 2020 wurden den Registerstellen in Marzahn-Hellersdorf insgesamt 252 extrem rechte und/oder diskriminierende Vorfälle gemeldet. Das sind fast einhundert Meldungen mehr als im Vorjahr (2019: 154). Die Verteilung der Vorfälle über das Jahr hat sich nicht grundlegend geändert. Der deutliche Rückgang von Meldungen im Mai 2020 im Vergleich zum letzten Jahr ist mit dem Europawahlkampf 2019 und einer entsprechenden Erhöhung der gemeldeten Vorfälle in diesem Zeitraum zu erklären (Mai 2020: 22; Mai 2019: 34). Im Juni stiegen die Vorfallszahlen im Vergleich zum Vorjahr stark an, was überwiegend auf rechte Sprühereien und Aufkleber zurückzuführen ist. Auch im Novem-

ber 2020 gab es vielfältige extrem rechte Aktivitäten, die zu vermehrten Meldungen führten. Zu erwähnen sind hier zahlreiche rechte Graffiti rund um den Cottbusser Platz.

In der ersten Hälfte des zurückliegenden Jahres sind die Registerzahlen trotz der zeitweisen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie stark gestiegen. Viele der Meldungen stehen im direkten Zusammenhang mit der Pandemie und den damit verbundenen Corona-Maßnahmen. Hierbei handelte es sich aber vor allem um verschwörungsideologische und extrem rechte Propaganda (wie Aufkleber) mit Bezügen zur Coronakrise.





Propaganda



Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleien



Angriffe



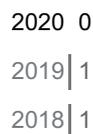
Veranstaltungen



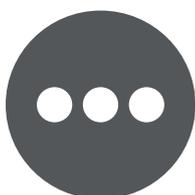
Sachbeschädigung



BVV



Strukturelle Benachteiligung



Sonstiges



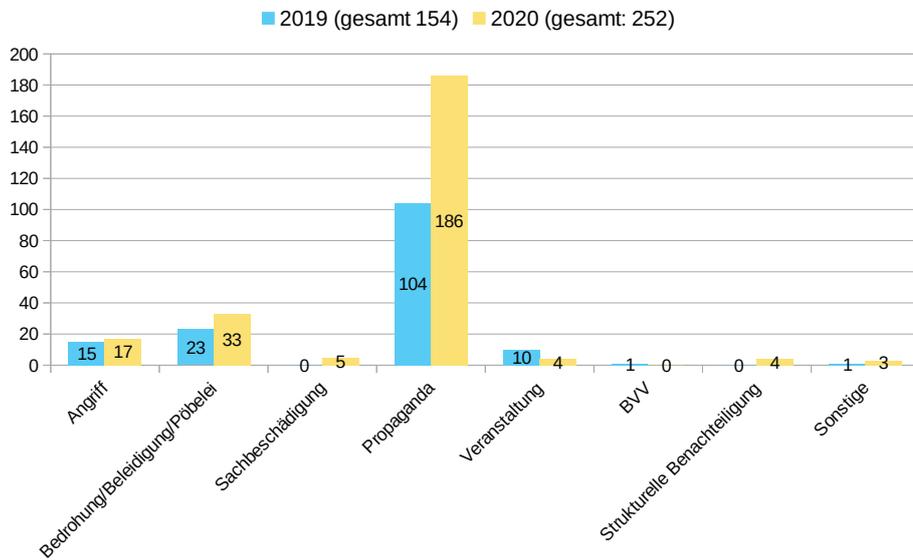
Art der Vorfälle

Die meisten Vorkommnisse im Bezirk sind, wie im Vorjahr, sogenannte Propaganda-Vorfälle (2020: 186; 2019: 104). Hierzu zählen u.a. diskriminierende oder extrem rechte Sticker und Sprühereien. Den Hauptteil bildete dabei den Nationalsozialismus verherrlichende oder verharmlosende Propaganda (z.B. Hakenkreuzschmierereien) sowie Propaganda, die der extrem rechten Selbstdarstellung dient (z.B. Aufkleber mit Werbung für Neonazi-Parteien). Im Spätsommer und Herbst gab es über ein Dutzend Meldungen von Propaganda der extrem rechten Kleinstpartei »Der III. Weg«, welche für einen Neonaziaufmarsch am 3. Oktober 2020 in Berlin-Hohenschönhausen mobilisierte.

Rund um den 1. Mai verbreiteten die Neonazi-Parteien NPD und »Der III. Weg« in Hellersdorf an mehreren Orten Plakate. Sie versuchten auf diese Weise, den »Tag der Arbeit« von rechts zu besetzen. Ein Anhänger des »III. Wegs« entfernte außerdem zwei Fahnen mit positivem Bezug zur linken Tradition des Tages am S-Bahnhof Marzahn. Im Anschluss posierte er für ein Foto, bei dem er auf die Fahnen trat. Diese Herabwürdigung des politischen Gegners wurde von der Partei im Internet zur Schau gestellt.

Der große Anstieg der Vorfallszahlen von rechter Propaganda im Bezirk ist vor allem auf eine erweiterte Melder:innenstruktur zurückzuführen. Insbesondere zu Beginn des Jahres 2020 konnten viele Menschen motiviert werden, Vorfälle zu melden. Zugleich haben in Zeiten der Coronakrise weniger extrem rechte Veranstaltungen im Bezirk stattgefunden. Entsprechende Gruppen und Einzelpersonen konzentrierten sich deshalb stärker auf Propaganda-Aktivitäten. Dies könnte auch die vermehrt gemeldeten Sachbeschädigungen erklären.

Daneben hat die Anzahl der gemeldeten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2020: 33; 2019: 23) erheblich zugenommen. Diese Art der Vorfälle findet vorwiegend auf öffentlichen Straßen und Bahnhöfen, teilweise aber auch im Internet, statt. Die meisten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien erfolgten – wie auch die gemeldeten Angriffe – überwiegend aus rassistischen Motiven. Zwei der 17 Angriffe fanden vor Geflüchtetenunterkünften statt.



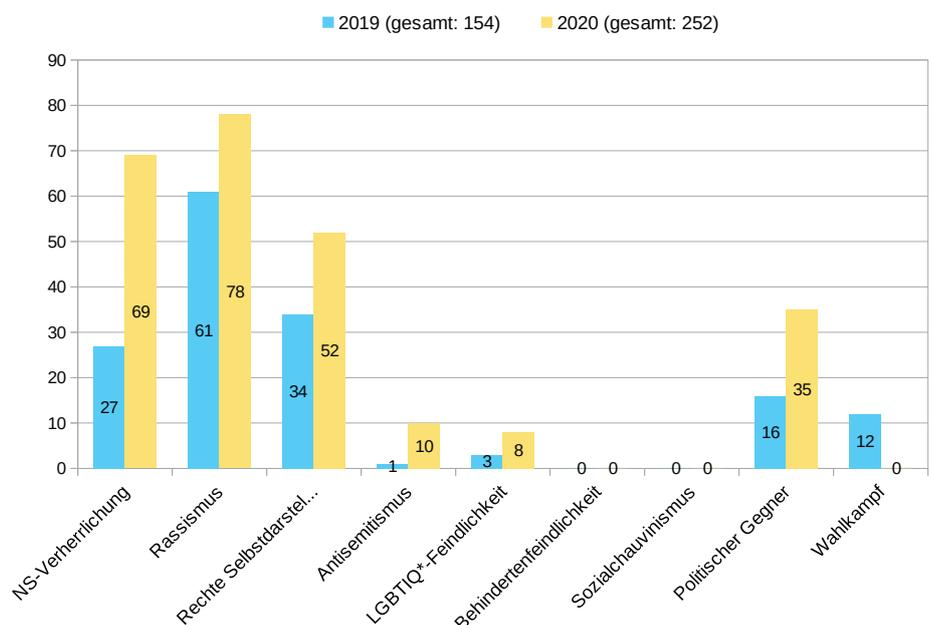
Motive der Vorfälle

Insgesamt ist die Mehrzahl aller gemeldeten Vorfälle im Bezirk analog zum Jahr 2019 rassistisch motiviert (2020: 78; 2019: 61).

Zugleich stiegen die Meldungen von Vorkommnissen, bei denen der Nationalsozialismus (NS) verharmlost wurde, signifikant an (2020: 69; 2019: 27). Diese Tendenz ist gerade in Hellersdorf zu beobachten (2020: 42; 2019: 9). Das liegt nicht zuletzt an einer großen Anzahl extrem rechter Graffiti. Vor allem rund um den U-Bahnhof Cottbusser Platz und im Kienbergpark kam es wiederholt zu Schmierereien von neonazistischen Zahlencodes sowie Hakenkreuzen und Runen, die im Nationalsozialismus Verwendung fanden.

Eine Besorgnis erregende Entwicklung ist der Anstieg antisemitischer Vorfälle um ein Zehnfaches (2020: 10; 2019: 1). Dieser geht vor allem auf verschwörungsideologisch motivierte Diskriminierung mit Bezug zur Corona-Pandemie und ihrer gesellschaftlichen Folgen zurück. Auf diese Weise scheinen zuvor weniger geäußerte Vorstellungen verstärkt in der Öffentlichkeit Bahn zu brechen. Daneben hat sich die Anzahl der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle fast verdreifacht (2020: 8; 2019: 3). Diese waren zudem besonders gewaltvoll. Es wurden zwei Angriffe sowie zwei Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien gegen LGBTIQ* festgestellt.

Auch die Anzahl von Vorfällen mit Bezug zu politischen Gegner:innen ist stark angestiegen (2020: 35; 2019: 16). Auffällig ist, dass sich Teile der (extrem) rechten Szene im Bezirk seit Jahren als vermeintliche »Platzwarte« aufspielen. So werden Veranstaltungen, die sich explizit gegen rechts positionieren oder allgemein für eine vielfältigere Gesellschaft eintreten, regelmäßig im Internet diffamiert oder vor Ort gezielt behindert. Ein Beispiel sind die mannigfaltigen Störaktionen beim Bürger:innenfest »Schöner leben ohne Nazis«.



Beispiel: »Schöner leben ohne Nazis«

An dem Fest am 5. September auf dem Alice-Salomon-Platz nahmen 2020 rund 600 Personen unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen teil. Seit Jahren kommt es leider regelmäßig zu Bedrohungen, Beleidigungen und Einschüchterungsversuchen gegen Teilnehmende und Organisator:innen des Festes. In diesem Jahr organisierten Mitglieder und Sympathisanten der Berliner NPD auf der gegenüberliegenden Seite des Demokratiefestes eine Kundgebung mit sechs Personen. Sie zeigten Reichsflaggen und ein provozierendes Transparent.

Daneben gab es auch Provokationen durch die Marzahn-Hellersdorfer AfD. Die neofaschistische Partei besuchte mit über einem Dutzend Personen das Fest. Ein Abgeordneter rief bereits im Vorfeld dazu auf, die Veranstaltung »kritisch zu begleiten«. Dass er und die anderen AfD-Mitglieder die Inhalte der Veranstaltung nicht teilten, ging eindeutig aus diesem Aufruf hervor. Dennoch durften die Personen am Demokratiefest teilnehmen. Allerdings wurde der AfD-Abgeordnete letztendlich von der Veranstaltung ausgeschlossen, da er mit seinem Smartphone Nahaufnahmen von Personen anfertigte. Schon zu Beginn der Veranstaltung wurde ihm ein solches Verhalten vom Veranstalter untersagt, da er bereits in der Vergangenheit politische Gegner:innen mit Bildaufnahmen im Internet diffamierte. Da er das Filmen trotz mehrfacher Aufforderung nicht unterließ, machte der Veranstalter von seinem Hausrecht Gebrauch und schloss den Abgeordneten vom Fest aus. Währenddessen malten andere AfD-Mitglieder mit Kreide »Nie wieder Sozialismus« auf den Boden des Festgeländes, um ihren Unmut gegenüber der Veranstaltung kundzutun.

Orte der Vorfälle

Der Alice-Salomon-Platz, auf dem das Bürger:innenfest stattfand, ist zugleich auch ein Hotspot rechter Vorfälle insgesamt. Ein starker Anstieg der Zahlen ist darüber hinaus im gesamten Stadtteil Hellersdorf-Nord, insbesondere rund um den U-Bahnhof Louis-Lewin-Straße, zu verzeichnen (2020: 63; 2019: 30). In der Umgebung des Bahnhofes kam es im Jahr 2020 zu einem Dutzend Schmierereien mit Bezug zur völkischen »Identitären Bewegung«. Ihr Erkennungszeichen, das Lambda-Symbol, wurde wiederholt auf Gehwegen und an Fassaden hinterlassen, zumeist mit direktem Bezug zu der Gruppierung. Neben der vermehrten Propaganda in Hellersdorf-Nord stieg auch der Anteil an Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien mit sieben gemeldeten Vorfällen in der Bezirksregion.

Im Bereich Hellersdorf-Süd ist ebenfalls ein enormer Anstieg an Vorfällen zu verzeichnen (2020: 48; 2019: 13). Neben den oben erwähnten Runen- und Hakenkreuzschmierereien tauchten vor allem rund um das Einkaufszentrum »Corso« und den U-Bahnhof Kienberg vielfach Propaganda-Materialien von der Partei »Der III. Weg« auf.

Marzahn Mitte

2020	45
2019	43
2018	19

Marzahn Süd

2020	22
2019	9
2018	23

Biesdorf

2020	13
2019	7
2018	10

Internet

2020	15
2019	
2018	

Ein deutlicher Rückgang der Zahlen ist hingegen in Marzahn-Nord zu beobachten (2020: 5; 2019: 21). Auch in Kaulsdorf (2020: 3; 2019: 8) und Mahlsdorf (2020: 5; 2019: 1) gingen die Vorfallmeldungen zurück. Die geringen Fallzahlen im bezirklichen Vergleich lassen sich vor allem auf schwächere Melder:innenstrukturen in den jeweiligen Regionen zurückführen.

Bezogen auf die Art der gemeldeten Vorfälle gab es die meisten Angriffe (5) sowie Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (9) in Marzahn-Mitte. In Hellersdorf hingegen kam es vor allem zu Propaganda-Vorfällen (113).

Im zurückliegenden Jahr wurden außerdem verstärkt Vorfälle aus lokalen Internetgruppen und -seiten aufgenommen (2020: 15; 2019: 0). Bei neun der 15 Vorfälle handelt es sich um diskriminierende und diffamierende Kommentar- und Videobeiträge der AfD. Die Marzahn-Hellersdorfer NPD hingegen ist seit der selbst gewählten Abschaltung ihrer Facebook- und Twitter-Seite weniger im Internet präsent. Sie ist dadurch vor allem über vereinzelte Aufkleber im Bezirk wahrnehmbar.

Marzahn Nord

2020	5
2019	21
2018	41

Bezirkweit / Unbekannt

2020	15
2019	18
2018	16

Hellersdorf Nord

2020	63
2019	30
2018	61

Hellersdorf Ost

2020	18
2019	2
2018	5

Hellersdorf Süd

2020	48
2019	13
2018	5

Kaulsdorf

2020	3
2019	8
2018	1

Mahlsdorf

2020	5
2019	1
2018	0



←
 Andreas Käfer (2.v.l.), Kai Milde (mitte),
 Diemar Hömke (2.v.r.) und René Uttke
 (rechts) gegenüber vom Schöner leben
 ohne Nazis am 5.9.2020
Bild von Kim Winkler

Corona-Proteste von rechts

Bereits im Frühjahr 2020 kam es zu zahlreichen extrem rechten und diskriminierenden Vorfällen mit Bezug zur Coronakrise. Zu nennen ist hier hauptsächlich Propaganda der extrem rechten Kleinstpartei »Der III. Weg«. Daneben wurde auch (Werbe-)Propaganda eines neofaschistischen Magazins mit Bezug zur Corona-Thematik in Briefkästen verteilt. Auch die NPD versuchte mit einer Kleinstversammlung am Marzahner Einkaufszentrum »Eastgate« das Thema zur politischen Mobilisierung auszunutzen.

Im Laufe des Frühjahres begann sich ein lokaler Ableger der verschwörungsideologischen Gruppierung »Corona Rebellen« vor dem Marzahner und dem Hellersdorf Rathaus zu treffen. Seit Anfang Dezember 2020 organisieren Personen aus diesem Kreis regelmäßig sogenannte »Lichterspaziergänge« in Marzahn-Hellersdorf, die auch von lokalen AfD-Mitgliedern besucht werden. Diese Zusammenkünfte sind nicht zwangsläufig in einem diskriminierenden Kontext zu sehen. Sie weisen jedoch starke Schnittpunkte mit entsprechenden Ideologien auf. So hinterließen die selbsternannten »Corona Rebellen« im Juni vor dem Rathaus Hellersdorf antisemitische und verschwörungsideologische Parolen mit Kreide auf dem Platz.

Zusammenfassung & Ausblick

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf weist weiterhin eine hohe Zahl extrem rechter Aktivitäten auf. Trotz der Rückgänge an gemeldeten Vorfällen in einigen Teilen des Bezirks bleibt die Situation angespannt, was sich nicht zuletzt am erheblichen Anstieg rechter Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien zeigt. Thematisch neu dazugekommen sind 2020 zahlreiche extrem rechte Bezüge zur Coronakrise, die zu einem Anstieg des öffentlich wahrnehmbaren Antisemitismus führten. Der Themenkomplex dürfte insgesamt auch in 2021 weiterhin eine hohe Relevanz haben. Neben der ohnehin starken Propaganda-Aktivität extrem rechter Akteur:innen sind zudem eine Vielzahl nationalsozialistischer Symbole im Stadtbild angebracht worden. Ein Ende oder zumindest eine Umkehr dieser Entwicklungen ist vorerst nicht abzusehen, da diese Taten zumeist ohne Folgen bleiben.

Insgesamt zeichnet sich ab, dass die Partei »Der III.Weg« für organisierte Neonazis, die zuvor in Kameradschaften sowie im Spektrum der NPD aktiv waren, zunehmend attraktiver zu werden scheint. Viele bekannte und organisierte Neonazis aus dem Bezirk nahmen am Aufmarsch der Partei am 3. Oktober 2020 in Berlin-Hohenschönhausen teil, für den zuvor auch in Mar-



zahn-Hellersdorf offensiv geworben wurde. In diesem Kontext stiegen im Spätsommer und Herbst Propaganda-Aktionen der Kleinstpartei an – mit einem besonderen Schwerpunkt in der Region Hellersdorf. Am Tag der Demonstration kam es zudem am S-Bahnhof Springpfuhl zu einem Angriff auf anreisende Gegendemonstrant:innen in der S-Bahn sowie zu einer rassistischen Pöbelelei nahe des Bahnhofs.

Auch Anhänger:innen und Sympathisant:innen der völkischen »Identitären Bewegung« versuchten sich über das gesamte Jahr mit Sprühereien rund um die Hellersdorfer Louis-Lewin-Straße in Szene zu setzen. Die Aktivitäten der NPD hingegen nahmen vergleichsweise ab. Die Anzahl extrem rechter Versammlungen im Bezirk war im Jahr 2020, wohl vor allem bedingt durch die Coronakrise und die Schwäche der NPD, weiterhin rückläufig, wohingegen die Propaganda-Aktivität (extrem) rechter Akteur:innen in dieser Zeit drastisch zunahm.

Außerdem gründeten sich im Bezirk im Laufe des Jahres lokale verschwörungsideologische Zusammenhänge, die weiterhin regelmäßig aktiv sind und über Anknüpfungspunkte nach rechts verfügen. Bezirkliche AfD-Mitglieder, insbesondere aus dem inzwischen offiziell aufgelösten völkischen »Flügel«, stehen mit den Gruppierungen in Kontakt und besuchen regelmäßig deren Aktionen (z.B. einen wöchentlichen »Lichterspaziergang«). Im Wahljahr 2021 ist hier mit einer weiteren Verstärkung der Zusammenarbeit zu rechnen. Gleichzeitig stellte die AfD im zurückliegenden Jahr 2020 erneut Anfragen in der Bezirksverordnetenversammlung, um demokratische Akteur:innen abzuwerfen (u.a. Anfrage »Zum Demokratiefest am 05.09.2020«).

In Hinblick auf den anstehenden Wahlkampf im Jahr 2021 ist zu erwarten, dass sich die Aktivitäten der zahlreichen Gruppen und Spektren, die extrem rechte oder diskriminierende Inhalte vertreten, weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben werden. Vor allem die Situation um rechte Propaganda im Bezirk könnte sich weiter zuspitzen. Hier ist die Aktivität von demokratischen Bürger:innen gefragt.

↑

Gunnar Lindemann AfD beim Schoener_leben_ohne_Nazis
am 5.9.2020
Bild von Kim Winkler

Werdet Melder:innen!

Extrem rechte und diskriminierende Vorfälle an der Hochschule oder im Bezirk können auch weiterhin jederzeit beim Antirassistischen Register der ASH (ar-reg@ash-berlin.eu) oder beim Register Marzahn-Hellersdorf (pfd-mh@stiftung-spi.de) gemeldet werden.

Zivilgesellschaft in Gefahr

Im vergangenen Jahr hat die AfD ihre Angriffe auf die emanzipatorische und kritische Zivilgesellschaft weitergeführt und damit ihre abstruse Form der Identitätspolitik zu einem ihrer Kernthemen gemacht. Um ihre Programmatik vorzubringen, nutzen rechtsradikale Abgeordnete der AfD ihre Zugänge zu Kontroll- und Informationsquellen, die es ihnen beispielsweise ermöglichen, Auskunft darüber zu erhalten, wer hinter dem Verein, der NGO oder dem Projekt, das nicht in ihr Weltbild passt, steht.



Unter dem Deckmantel des parlamentarischen Beobachters und unter Nutzung der den Parteien zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen wird dabei Druck auf die engagierte Zivilgesellschaft ausgeübt. Auf parlamentarischer Ebene wie der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) geschieht dies etwa, wenn eine neue Stelle geschaffen werden soll oder es um die Vergabe von Geldern geht. In der BVV entscheiden Parteien zum Beispiel über den Bezirkshaushalt und Sonderleistungen, aber auch über die Gründung oder Schließung von bezirklichen Institutionen sowie die Übertragung von Aufgaben an private Träger. Des Weiteren können durch die Parteien Anfragen gestellt werden um Finanzierungen zu hinterfragen. Der Bezirksverband der AfD Marzahn-Hellersdorf hat bereits angekündigt, gegen die neue Stelle einer*s Queerbeauftragte*n im Bezirk zu stimmen.

Akteure als »linksextrem« stigmatisieren

Die AfD hat die Möglichkeit, große und kleine Anfragen in bezirklichen Gremien zu stellen. Damit agiert die AfD auf mehreren Ebenen. Häufig hinterfragt sie die Finanzierung von politischer Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit. Werden dort Methoden genutzt, die für Diskriminierung sensibilisieren und kritische Reflexionsprozesse anstoßen, behauptet die AfD, dass die Kinder und Jugendlichen von »Linksextremen« in ihrer politischen Subjektwerdung manipuliert werden. Neben der inhaltlichen Ausrichtung wird nach Veranstaltungsorten, Referent*innen, -der Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel gefragt oder die ideologische Überprüfung des Personals gefordert. Das Engagement und Profil der Vereine und Initiativen soll damit als »linksextrem« stigmatisiert und ihre Arbeit behindert werden.¹

Bundesjugendring: AfD ist jugendfeindlich

Es sei hier auch erwähnt, dass die AfD Kindern das Recht auf demokratische Partizipation und die Aufklärung über sexuelle Vielfalt abspricht, wenn sie sich auf Social Media gegen Sexualerziehung im Kindesalter positioniert.² Damit greift die Partei die Standards des Bundesverbands Sozialer Arbeit e. V. an, die u. a. beinhalten, junge Menschen dabei zu unterstützen, eine kritische Haltung zu entwickeln und sich mit Diskriminierungsmechanismen auseinanderzusetzen. Der Bundesjugendring hat die AfD deshalb in ihrem Unvereinbarkeitsbeschluss als jugendfeindlich bezeichnet, da sie die Belange der Jugend nicht beachte.³ Durch die Anfragen bestärkt die AfD eine Diskursverschiebung nach rechts, bündelt Ressourcen und verfolgt ihr Ziel, staatliche Gelder für emanzipatorische Projekte zu streichen und freie Träger strengeren, staatlichen Kontrollen auszusetzen.

Doch nicht nur dezidiert zivilgesellschaftliche, linke und/oder demokratische Akteur*innen sind von den Anfeindungen der AfD betroffen. Auch Firmen und Kulturbetriebe o. ä., die sich positionieren und sich für Geflüchtete, Religionsfreiheit oder die Selbstbestimmung der sexuellen Identität aussprechen, werden öffentlich angegangen, weil sie »nicht im deutschen Interesse« handeln.⁴ In Marzahn-Hellersdorf richten sich die Angriffe der AfD-Fraktion in der BVV regelmäßig gegen das Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin, die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung, den AstA der ASH, die Partei Die Linke, die Partnerschaften für Demokratie oder das Stadtteilprojekt BENN (BerlinEntwickelt-NeueNachbarschaften). Dabei gerät die AfD immer mal wieder durcheinander, ob sie ihre Anfrage im Abgeordnetenhaus oder in der BVV stellen muss, was also überhaupt in ihrer lokalen Zuständigkeit liegt.



↑

21. November 2020

LGBTIQ*-feindlicher Angriff in Mahlsdorf

Zwei Männer und eine Frau wurden am Abend auf der Straße Alt-Mahlsdorf von einem 57-jährigen Mann aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation beleidigt und angegriffen.

Quelle: ReachOut

Diffamierungen und Hetze gegen die politischen Feinde

Die Angriffe beschränken sich nicht nur auf die parlamentarische Ebene, sondern werden massiv über Social Media ausgeschlachtet bzw. zu Kampagnen verarbeitet. Dabei werden Fakten verdreht, ausgelassen und alle sozialen Medien bespielt, die das Potential bieten, ihre Hetze zu verbreiten. Zuletzt wurde die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Ziel der Attacken. Während der Bezirksverband sie gerne als zuarbeitende Institution des Berliner Registers abwertet, geht der AfD-Bezirksverordnete Bernd Pachal noch einen Schritt weiter. Er diffamiert die Koordinierungsstelle in einer Telegram-Gruppe von Verschwörungsideolog*innen rund um die seit 2021 wöchentlich stattfindenden Autokorsos gegen die Corona-Maßnahmen, an denen die AfD Marzahn-Hellersdorf von Beginn an teilnimmt. Bernd Pachal wurde per Gerichtsurteil eine »Affinität zum Nationalsozialismus« bescheinigt.⁵

In den Online-Angriffen wird bewusst der Datenschutz und das Persönlichkeitsrecht missachtet, was dazu führt, dass es durch die Weiterverbreitung der Social-Media-Aktivitäten der AfD zu Shitstorms und Bedrohungen gegen angegriffene Personen und Institutionen kommt. Um den Druck auf die jeweiligen Akteure zu erhöhen, nutzt die Partei strategisch das Mittel der direk-

ten Anfragen. Unter dem Deckmantel des politischen Mandats kontaktieren sie die betreffenden Personen telefonisch, um eine Auskunft zu erhalten, anstatt den offiziellen Weg über eine postalische Anfrage zu gehen, bei der die betreffende Person die Möglichkeit hat, sich auf die Antwort vorzubereiten.

»Schöner Leben ohne Nazis«

Der Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf verteilt regelmäßig sogenannte »Parteizeitungen« und Flyer, in denen u. a. Geflüchtete, Bildungsprojekte und politische Gegner*innen, auf der Grundlage von Lügen und Ressentiments angefeindet werden. Gunnar Lindemann, der für die AfD im Abgeordnetenhaus sitzt, fiel wiederholt dadurch auf, dass er sich als parlamentarischer Beobachter ausgibt. Bei der Ausgabe des Demokratiefestes »Schöner Leben ohne Nazis« im vergangenen September wurde Gunnar Lindemann, nachdem er Stände und Besucher*innen gegen deren ausdrücklichen Willen gefilmt hatte, nach mehrfacher Bitte dies zu unterlassen, durch den Sicherheitsdienst des Festes verwiesen. Dabei wehrte er sich und provozierte in einem Maß, dass die Sicherheitsleute ihn vom Platz führen mussten. Anschließend inszenierte sich Lindemann in einer Social-Media-Kampagne gegen das Demokratiefest als Opfer eines »undemokratischen« Festes, bei welchem ihnen der »Sicherheitsdienst auf den Hals gehetzt« worden sei. So wurden mehrere Videos und Beiträge veröffentlicht, die seinen Auftritt instrumentalisierten und verzerrten.⁶

Fazit

Es bedarf einer genauen Beobachtung der Vorgänge und Strategien, welche die AfD nutzt, um ihr Ziel, die engagierte und emanzipatorische Zivilgesellschaft zu schwächen, voranzubringen. Besonders wichtig ist dabei im Auge zu behalten, wie die mediale Inszenierung der AfD wirkt und welche Lügen genutzt werden, um die Faktenlage falsch darzustellen und Einzelpersonen, NGOs und freie Träger anzugreifen.

1 Demokratie in Gefahr. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD. Amadeu Antonio Stiftung, 2019

2 www.berliner-register.de/chronik/marzahn-hellersdorf

3 www.dbjr.de/artikel/rechtspopulistinnen-entgegengetreten

4 www.rechtsaussen.berlin/2019/07/auf-dem-weg-zur-autoritaeren-formierung-angriffe-auf-die-demokratische-zivilgesellschaft/

5 www.tagesspiegel.de/berlin/lob-fuer-nazis-leugnung-des-holocausts-berliner-afd-politiker-bernd-pachal-als-bundespolitist-gefeuert/25877424.html

6 www.berliner-register.de/chronik/marzahn-hellersdorf

Eine ganz normale demokratische Partei?

Die AfD Marzahn-Hellersdorf in der BVV

In diesem September stehen in Berlin und bundesweit mehrere wichtige Wahlen an. Neben dem Bundestag werden auch das Berliner Abgeordnetenhaus (AGH) sowie die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) neu gewählt. Vor fünf Jahren zog die AfD erstmals in die Berliner Parlamente ein, so auch in Marzahn-Hellersdorf. Damals wurde die neofaschistische AfD mit 23,2 % die zweitstärkste Kraft im Bezirk und konnte drei Direktmandate für das AGH einholen. Ihr Stimmenanteil in Marzahn-Hellersdorf lag dabei weit über dem Gesamtberliner Schnitt der Partei (14,2%). Sie holten hier das zweitstärkste Wahlergebnis berlinweit. Inzwischen sind von den ursprünglich 15 Verordneten der AfD in der Marzahn-Hellersdorfer BVV nach diversen Skandalen und Austritten noch zehn übriggeblieben. Neben den Bezirksverordneten stellt die AfD den »abwesenden Herrn Braun«¹ als stellvertretenden Bezirksbürgermeister und Stadtrat für Bürgerdienste und Wohnen.

Die AfD Marzahn-Hellersdorf ist ein umstrittener Bezirksverband. Das ergibt sich einerseits aus der personellen Fluktuation, andererseits an ihren skandalbehafteten Positionen. Dennoch wird ihr bei den kommenden Wahlen im Bezirk ein ähnlich hohes Ergebnis wie 2016 vorhergesagt. Deshalb wird im Folgenden ein Blick auf ihre politische Arbeit der letzten Jahre geworfen.

Völkische Positionen in der Mehrheit

Schon vor der letzten Wahl deutete sich an, dass die AfD Marzahn-Hellersdorf weiter rechts steht als andere Bezirksverbände. Das hat sich in den zurückliegenden Jahren bestätigt. Hauptgrund hierfür ist die bestimmende Position des so genannten »Flügels«. Das ist ein bundesweiter Zusammenschluss innerhalb der AfD, deren Mitglieder in der Partei einen explizit völkisch-nationalistischen Diskurs durchsetzen wollen. Sie verfügen vielfach über enge Verbindungen zur extremen Rechten. Der »Flügel« sammelte sich um Neofaschist*innen wie Björn Höcke und Andreas Kalbitz. Nachdem der Verfassungsschutz den »Flügel« der AfD im März 2020 unter Beobachtung stellte, löste sich dieser kurzerhand selber auf. Damit verschwand jedoch vor allem der Name, die Strukturen blieben informell bestehen.

Bereits im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 lud die AfD Marzahn-Hellersdorf zu einer Veranstaltung mit Björn Höcke ein, an der neben Andreas Kalbitz auch bekannte Neonazis teilnahmen. In den folgenden Jahren organisierten und besuchten AfD-Politiker*innen aus dem Bezirk regelmäßig Veranstaltungen des »Flügels«. Hierbei handelt es sich nicht um Einzelfälle: Von der gegenwärtigen BVV-Fraktion sind sechs der zehn Mitglieder auf einer E-Mail-Liste des Berliner »Flügels« zu finden.² Auch neun der 18 Vorschläge für die kommende BVV-Wahl 2021³ sowie alle Direktkandidat*innen für die nächste AGH-Wahl im Bezirk⁴ sind auf der E-Mail-Liste des »Flügels« verzeichnet. Weitere aus dem Verband besuchten Veranstaltungen des »Flügels«. Die AfD in Marzahn-Hellersdorf toleriert somit nicht nur die völkischen Kräfte des ehemaligen »Flügels«, sondern wird regelrecht von ihnen dominiert. Vor allem in den höheren Positionen und Listenplätze herrschen die »Flügel«-Mitglieder vor. Der Bezirksverband der AfD Marzahn-Hellersdorf ist damit eine der wenigen Parteistrukturen in Berlin, die die Vorstellungen des »Flügels« politisch umsetzt.



←
v.l.n.r. Gunnar Lindemann (AfD Marzahn-Hellersdorf), Irina Pierenz (AfD Lichtenberg), Jeanette Auricht (AfD Marzahn-Hellersdorf), Volkert Wögens (AfD Steglitz-Zehlendorf), Monika Beul (AfD Marzahn-Hellersdorf), Andreas Wild (Steglitz-Zehlendorf) und Bernd Pachal (Marzahn-Hellersdorf) am 25.10.2020 bei einer verschwörungsideologischen Demonstration von "Querdenken" auf dem Alexanderplatz

Verbindungen zur extremen Rechten – ein Beispiel

Die Gefahr, die von einem starken »Flügel« innerhalb der AfD ausgeht, besteht darin, dass von extrem rechte Positionen in der Partei an Vorherrschaft gewinnen. Ein Beispiel ist der Marzahn-Hellersdorfer AfD-Verordnete Daniel Birkefeld, der auch 2021 wieder in die BVV einziehen möchte (Listenplatz 14 der AfD-Liste). Birkefeld sympathisiert offen mit dem extrem rechten Flügel der Partei. Er besuchte 2018 und 2019 die "Kyffhäuser"-Treffen, auf denen sich die entsprechenden Akteur*innen aus dem gesamten Bundesgebiet vernetzen. Am 14.04.2018 nahm er ebenfalls an einem Flügeltreffen in Berlin-Hohenschönhausen teil. Es folgten weitere Besuche von Birkefeld bei Veranstaltungen mit Referenten vom Flügel, wie Andreas Kalbitz und Thorsten Weiß. Birkefelds Social-Media-Profil enthält zahlreiche rassistische Äußerungen sowie die Aufforderung "freetommy" in Bezug auf den Neonazi-Gewalttäter "Tommy Robinson", Mitbegründer der "English Defence League" (EDL). Er verlinkt den neurechten Podcast Am Rande der Gesellschaft von Götz Kubitschek, in dem offen über "rechte Parallelgesellschaften" diskutiert wird, als "interessante Diskussion". Auf Bildern präsentiert sich Birkefeld stolz mit einem T-Shirt der völkischen »Identitären Bewegung«, das er auch bei Werbepostern der AfD trägt. Er benutzt auch das identitäre Buzzword "Remigration", mit dem unterschiedlichste rassistische, völkische und den Menschenrechten widersprechende Praktiken als Utopie für Europa diskutiert werden. Andere AfD-Mitglieder stört das nicht. Extrem rechte Positionen – selbst bei parlamentarischen Verordneten – scheinen im Bezirksverband kein Ausschlusskriterium oder akzeptiert zu sein.

1 www.tagesspiegel.de/berlin/der-abwesende-herr-braun-ein-afd-politiker-regiert-jetzt-marzahn-hellersdorf/25302968.html

2 BVV-Verordnete aus Marzahn-Hellersdorf auf dem »Flügel«-Verteiler: Maria Arlt, Daniel Birkefeld, Jörn Geißler, Rainer Golbik, Bernd Lau und Werner Wiemann

3 Kandidat*innen für die nächste BVV-Wahl auf dem »Flügel«-Verteiler: Jeanette Auricht, Monika Beul, Daniel Birkefeld, Anneliese Dummer, Patrick Steven Fritsch, Jörn Geißler, Martin Koblischke, Gunnar Lindemann und Werner Wiemann.

Rechte Einigkeit im Bezirksverband

Wie in der Gesamtpartei gab es auch im Marzahn-Hellersdorfer Verband verschiedene Gruppen mit teilweise unterschiedlichen Zielen. Der stärkste Ausdruck der Uneinigkeit in den eigenen Reihen sind die zahlreichen Personalveränderung der BVV-Fraktion in der bisherigen Legislaturperiode. Bereits anderthalb Jahre nach der Wahl traten Steffen Richter und Nicole Blank im Frühjahr 2018 aus der AfD-Fraktion aus. Seitdem wohnen sie dem Gremium als fraktionslose Mitglieder bei. Als Grund für die Aufkündigung der Zusammenarbeit nannten sie Zerwürfnisse und Meinungsverschiedenheiten über die politische Arbeit. So berichtete Steffen Richter im Tagesspiegel von seiner Unzufriedenheit mit Alleingängen einzelner Verordneter.⁵ Außerdem wollte er sich bei Abstimmungen nicht der Fraktionsdisziplin beugen. Ein Beispiel sind die seit über zehn Jahren andauernden Planungen für ein Freibad im Bezirk. Um hier Fortschritte zu erreichen, wollte Richter auch mit anderen Parteien sprechen. Seine alten AfD-Kolleg*innen waren dagegen. Anstatt die politische Umsetzung notwendiger Projekte voranzutreiben, blockiert die AfD diese. Im Anschluss versucht sie dann, den fehlenden Fortschritt für sich selbst auszuschlachten. Ebenfalls aufgrund politischer Differenzen trat Sandra Bittner im Dezember 2020 aus der Fraktion aus, ihr folgte Anfang 2021 auch ihr Vater Manfred Bittner.

Um ihren Kurs der rechten Fundamentalopposition durchziehen zu können, nimmt die AfD im Bezirk personelle Verluste in Kauf. Dies stärkt vor allem die völkischen Positionen.

4 Direktkandidat*innen der AfD Marzahn-Hellersdorf für die nächste Abgeordnetenhaus-Wahl: Maria Arlt, Jeanette Auricht, Vadim Derksen, Anneliese Dummer, Patrick Steven Fritsch, Gunnar Lindemann

5 www.tagesspiegel.de/berlin/marzahn-hellersdorf-zwei-bezirksverordnete-verlassen-afd-fraktion/22627214.html

2. November 2020 →

Antiziganistische Beleidigung in Hellersdorf

Unbekannte schrieben einen antiziganistischen Schriftzug an eine Hauseingangstür. Des Weiteren waren drei Namensschilder am Klingeltableau und die Außenseite der Wohnungstür der Geschädigten mit Farbe beschmiert.

Quelle: LKA / Schriftliche Anfrage im Abgeordnetenhaus Drucksache 18/25 891

Dennoch wird versucht, den Schein der vermeintlich demokratischen Partei zu wahren. Ein Beispiel hierfür ist der Austritt von Bernd Pachal. Im Jahr 2020 verließ dieser die AfD, nachdem er wegen der Leugnung des Holocaust sowie Verherrlichung des Nationalsozialismus aus der Bundespolizei ausgeschlossen wurde. Allerdings handelt es sich hier eher um ein politisches Manöver, um Schaden von der Partei abzuwenden. So war Pachal seit dem Austritt mehrfach zusammen mit seinen alten AfD-Freund:innen zu sehen, u.a. bei einer von der AfD organisierten Veranstaltung mit Björn Höcke im September 2020 im »Mittelpunkt der Erde«.⁶ Einen weiteren Sitz im Bezirksparlament verlor die AfD im Herbst 2020 durch den Tod von Joachim Nedderhut, für den es keine Nachrücker*innen gab.

Dennoch hat sich auch ein BVV-Mitglied der AfD-Fraktion angeschlossen. Dabei handelte es sich um den über 80-jährigen Sergej Henke. Das ehemalige Mitglied der CDU war für seine Partei seit 2015 zunehmend untragbar geworden, da er kaum noch bezirkspolitische Arbeit leistete und vorwiegend Anfragen zur Bundespolitik stellte. Mit dieser Einstellung ist er in der AfD in guter Gesellschaft.

Mangelnde Arbeit in der BVV

Anfang 2021 verteilte die AfD in Marzahn-Hellersdorf eine kostenlose Zeitschrift, in der sie ihre BVV-Politik zusammenfasst. Dort nennt die Partei lediglich einen erfolgreich umgesetzten Antrag in den zurückliegenden fünf Jahren - die Schaffung einer Bushaltestelle. Dieser Offenbarungseid beweist, dass die AfD im Bezirk nicht an einer lösungsorientierten Sachpolitik interessiert ist. Dementsprechend drehen sich auch ihre Anträge in der BVV vor allem um sich selbst und ihre vermeintliche Benachteiligung oder um ideologische Debatten, wie das Gendern in Veröffentlichungen des Bezirks. Die meisten wirklich bezirksbezogenen Anfragen der AfD stehen oft in einem Zusammenhang mit Bürger*innen-Initiativen, wie zur Ortsumgehung in Ahrensfelde. An diese nähert sich die AfD bewusst an und bringt deren Anliegen populistisch als »Willen der Bürger*innen« ins Bezirksparlament. Die Partei benutzt die Bezirksverordnetenversammlung somit vor allem als politische Bühne, um sich und ihre eigene Klientel darzustellen oder Empörung über die anderen Parteien zu schüren. Daneben versucht sie jedoch auch gezielt kritische Stimmen mundtot zu machen, wenn durch sie z.B. die Streichung der Förderung für soziale und demokratische Projekte eingefordert wird. Diese Versuche zur Entleerung der demokratischen Mitbestimmungsstrukturen im Bezirk sind eine gefährliche Tendenz, die sich im Falle möglicher Stimmengewinne 2021 noch verstärken wird.



Fazit - Wegschauen oder gar Einbeziehen hilft nicht

Das Fazit zur bezirkspolitischen Arbeit der AfD in Marzahn-Hellersdorf fällt ernüchternd aus. Bewegte sich der Bezirksverband schon 2016 am rechten Rand der Partei, sind inzwischen kaum noch gemäßigte Kräfte übriggeblieben. Die völkische Agenda des »Flügels« bestimmt den Kurs einer rechten Fundamentalopposition, die sich kaum mit den Problemen im Bezirk befasst. Zählbare Ergebnisse hat die Partei fast nicht vorzuweisen. Dennoch wird sie gewählt, weil sie eine wahrnehmbare Klientelpolitik betreibt. Sie macht sich jedes Thema im Bezirk zunutze und veröffentlicht in den sozialen Medien, was das Zeug hält. Die AfD hat Erfolg damit, dass sie sich mit verständlichen Ansprachen für eine breite Öffentlichkeit als eine vermeintliche politische Alternative inszeniert. Daneben wird sie auch gewählt, weil viele ihren rechten Positionen zustimmen. Demgegenüber täuscht sie eine Aktivität vor, die jedoch nicht an konkreten Ergebnissen im Bezirk gemessen werden kann. Wer die AfD in Marzahn-Hellersdorf wählt, wählt also in erster Linie eins: Propaganda. Dieser Propaganda sollte nicht mit Wegschauen oder gar Einbeziehen begegnet werden: Es braucht eine offensive Gegenstrategie und Öffentlichkeitsarbeit, um die Neofaschist*innen zu schwächen.

Aufmärsche, Politik und Propaganda

Der III. Weg in Marzahn-Hellersdorf

Seit sieben Jahren gibt es bereits die Neonazi-Kleinpartei »Der III. Weg«. Die Gründung der neonazistischen Partei kann als eine Reaktion auf die Verbote von vielen Nazikameradschaften betrachtet werden. Sie schufen demnach eine neue Struktur, in der sie sich erneut gemeinsam organisieren konnten. Die Gründungsmitglieder des »III. Wegs« sind zum einen ehemalige NPD-Mitglieder, zum anderen kommen sie aus Strukturen des mittlerweile verbotenen Kameradschaftsnetzwerks »Freies Netz Süd«. Beim III. Weg sammeln sich viele gewaltbereite Neonazis, denen die NPD anscheinend zu harmlos geworden ist.

Aktivitäten auf der Straße

Die Tendenz hin zu einem Wechsel zum »III. Weg« ist vor allem in Ostberlin zu beobachten. Neben dem Lichtenberger Weitlingkiez stellt Hellersdorf-Süd einen Hotspot der Propaganda vom III. Weg dar. Nahezu wöchentlich wurden rund um den U-Bahnhof Kienberg im vergangenen Jahr Aufkleber der Neonazipartei entfernt.

Zu Beginn des Jahres schlossen sich bekannte Berliner Neonazis den autoritären Protesten gegen die staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen (u.a. von »Querdenken«) an. Diese Proteste können auch als Hauptbetätigung für Neonazis in Berlin im vergangenen Jahr gewertet werden. Es gab daneben kaum eigenständige Aufmärsche der extremen Rechten im vergangenen Jahr. Eine Ausnahme stellte die bundesweite Mobilisierung des »III. Wegs« nach Berlin-Hohenschönhausen am 3. Oktober 2020 dar, an der sich rund 350 Neonazis beteiligten.

Es handelte sich hierbei um das bundesweit zentrale Jahres-Event. Im Vorfeld der Demonstration gab es ein mobilisierendes Graffiti an einer Wand in der Zosener Straße in Hellersdorf und nahezu tägliche Propaganda-Touren. Am 3. Ok-

tober 2020 selbst trafen sich die organisierten Neonazis vom »III. Weg« vor der Demonstration am S-Bahnhof Springpfehl in Marzahn, um ihre Anreise nach Hohenschönhausen anzutreten. Breite zivilgesellschaftliche und antifaschistische Proteste sorgten an dem Tag dafür, dass der nationalsozialistische Propagandamarsch nicht wie geplant stattfinden konnte. Auf der Rückfahrt kam es jedoch zu einem Neonazi-Angriff auf Gegendemonstrant*innen der S-Bahn.

Viel Propaganda, wenig Organisation

Trotz des organisierten Auftretens sind die Berliner Parteistrukturen vom »III. Weg« im bundesweiten Vergleich sehr schlecht aufgestellt. Die Organisation eines großen Aufmarsches wäre für die rund zwei Dutzend öffentlich bekannten Mitglieder allein nicht möglich gewesen. Zudem gibt es keine (bekannten) Räume in der Stadt, die dem »III. Weg« gehören oder regelmäßig von der Partei genutzt werden. Dementsprechend beschränkt sich der politische Aktivismus vorwiegend auf das Verteilen von Flyern oder Verkleben von Aufklebern. Vor dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens 1945 legen sie außerdem in diesem Jahr blutverschmierte Puppen in S-Bahnen mit Werbung für ihre Partei.

Berliner Neonazis wechseln zum »III. Weg«

Trotz der Organisierungsschwäche reihen sich immer mehr militante Neonazis beim »III. Weg« ein. So tritt einer der Hauptverdächtigen der rechten Angriffe in Neukölln, das ehemalige NPD-Mitglied Sebastian Thom, mittlerweile offen für die Neonazipartei auf. Das offene Bekenntnis von Thom zum »III. Weg« zeigt, dass immer mehr NPD-Mitglieder einen neuen Anschluss suchen.

Thom reiht sich mit seinem Wechsel

zum »III. Weg« in eine langen Liste (Ost-) Berliner Neonazis ein. So tritt auch Patrick Krüger, einer der Hauptorganisatoren der rassistischen »Montagsdemonstrationen« in Marzahn, bereits seit Jahren bei der Partei auf. Der »III. Weg« bietet einen autonom-nationalsozialistischen Stil, den einstige NPD-Mitglieder suchten.

Als die Neonazipartei schließlich am 3. Oktober 2020 zum Aufmarsch nach Hohenschönhausen aufrief, sammelten sich auch weitere (ehemalige) Marzahn-Hellersdorfer NPD-Aktivist*innen und Sympathisant*innen auf der Demonstration, darunter René Uttke, Kai Milde, Lars Niendorf, Andi Körner und Katrin Arnold. Alle besagten Personen sind in den vergangenen Jahren bei zahlreichen rassistischen Aufmärschen und dort besonders durch ihre Aggressivität gegen politische Gegner*innen aufgefallen.

Dass sie mit der Neonazipartei sympathisieren, zeigt auf, dass sie zur deutlichen Konkurrenz für die NPD wird. Ob ihre Nähe zum »III. Weg« auch mit einem Anstieg neonazistischer Aktivitäten in Marzahn-Hellersdorf einhergehen, wird sich zeigen.



↑
René Uttke (links), Katrin Arnold (mitte) und Andi Körner (rechts) aus Marzahn-Hellersdorf beim Nazi-aufmarsch des III. Weg am 3.10.2020 in Berlin, Bild von RechercheNetzwerk Berlin

Gedenken an die NS-Verbrechen im Hier und Heute antifaschistisch gestalten

von Tim Reiche (Bündnis Antifaschistisch Gedenken)

Vor 76 Jahren, am 27. Januar 1945, befreite die Rote Armee das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. In Marzahn war der damit verbundene »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« in den vergangenen Jahren Anlass zahlreicher politischer Auseinandersetzungen. Dabei kritisierten antifaschistische Gruppen, dass regelmäßig die AfD zum offiziellen Gedenken des Bezirkes auf dem Parkfriedhof eingeladen wurde. In diesem Jahr entschied sich der Bezirk, aus Infektionsschutzgründen ganz auf Veranstaltungen zu verzichten. Das eröffnete neue Möglichkeiten für ein eigenständiges antifaschistisches Gedenken.

Der politische Skandal 2020 und seine Folgen

Eine Neuausrichtung des Gedenkens in Marzahn wäre jedoch auch ohne eine weltweite Pandemie notwendig geworden, da die Veranstaltung im vergangenen Jahr überaus unwürdig ablief. Um den Neofaschist*innen der AfD die Teilnahme am Gedenken zu ermöglichen, versperrte 2020 die Berliner Polizei auf Anweisung des Innensenators Andreas Geisel hunderten Antifaschist*innen und Nachkommen von NS-Opfern den Weg zur Veranstaltung. Trotz der anschließenden öffentlichen Kritik fehlt bis heute eine politische Aufarbeitung der Ereignisse. Allerdings zog sich der bis dahin mitorganisierende »Heimatverein Marzahn« nach dem Skandal von der Planung zurück. Damit begannen im Bezirk die Diskussionen zur zukünftigen Durchführung des Gedenkens. Letztendlich wurde die Organisation an das »Bündnis für Demokratie« übergeben, welches sich mit einem neuen Konzept für eine Stärkung des antifaschistischen Charakters einsetzen wollte. Aufgrund von Infektionsschutz-Bedenken wurden die geplanten Veranstaltungen jedoch kurzfristig abgesagt. Stattdessen rief das Bündnis zu einem dezentralen Gedenken auf. Einzeln oder in Kleinstgruppen sollten die zahlreichen lokalen Gedenkorte aufgesucht werden. Daraus entwickelten antifaschistische Gruppen die Idee für ein eigenes breit aufgestelltes Gedenken.



Nationalsozialistische Verbrechen und Gedenken in Marzahn-Hellersdorf

»Gedenken muss Konsequenzen haben«

Am Morgen des 27. Januar 2021 trafen sich rund zwei Dutzend Antifaschist*innen am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus auf dem Marzahner Parkfriedhof - alles unter Wahrung der geltenden Infektionsschutzbestimmungen, also mit Mindestabstand und Mund-Nasen-Schutz. Bei Temperaturen um den Gefrierpunkt in strahlendem Sonnenschein legten sie Kränze und Blumen nieder und entzündeten Grabkerzen. Transparente und Fahnen stellten den politischen Gehalt des gemeinsamen Gedenkens nach außen aus. In zwei Reden betonten der Geschäftsführer des Berliner VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) sowie ein Vertreter des Bündnisses »Antifaschistisch Gedenken« die Notwendigkeit, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus als politische und gegenwärtige Aufgabe zu begreifen. Anstatt in »traditionsverkrusteten Ritualen« zu verharrern, müsse Gedenken »Konsequenzen haben« und in eine antifaschistische Praxis münden. Die gemeinsamen Aktivitäten gegen eine Beteiligung der AfD am Marzahner Gedenken wiesen in den letzten Jahren in diese Richtung. Wenn der Bezirk eine neofaschistische Partei durch Einladungen hofiert, ist es eine Frage der politischen Haltung, ihr diese Räume wieder streitig zu machen. Inwieweit die AfD das Gedenken in der Vergangen-

heit vor allem als Gelegenheit zur Inszenierung nutzte, belegt ihr Verhalten in diesem Jahr. Ohne die öffentliche Aufmerksamkeit der offiziellen Veranstaltung unterließ die Partei jegliche Aktivität zum Jahrestag. Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus war ihr nur zwei kurze Statements auf ihrer Homepage wert.



←

27.01.2021

Antifaschistisches Gedenken an die Befreiung von Auschwitz auf dem Parkfriedhof Marzahn-Hellersdorf.

Bild von Kim Winkler

Die Skulptur für die ermordeten Zwangsarbeiter*innen auf dem Parkfriedhof Marzahn erinnert seit 2004 an die Schicksale der Insassen in den mindestens 30 Zwangsarbeitslagern im Bezirk. In ihnen waren Menschen aus zahlreichen europäischen Staaten gefangen; vor allem aus der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei. Sie wurden in ganz Berlin zur Arbeit gezwungen – oftmals bis zum Tod. Zugleich hält die Stele auch die Erinnerung an die 1.400 verstorbenen Zwangsarbeiter*innen wach, die aus der gesamten Stadt und dem Umland auf dem ehemaligen Armenfriedhof bestattet wurden.

Auf dem Otto-Rosenberg-Platz am nördlichen Friedhofseingang erinnert ein Gedenkort an das sogenannte Zwangslager Marzahn. Auf dem Gelände waren ab 1936 ausschließlich Sinti*zze und Rom*nja aller Altersgruppen interniert, die anlässlich der Olympischen Spiele zuvor gewaltsam aus der Stadt vertrieben wurden. Die Unterstützung für die Angehörigen der drittgrößten Opfergruppe des Nationalsozialismus war leider auch in Marzahn gering. Über 1.000 Menschen mussten unter qualvoll beengten Bedingungen und unmenschlichen Zuständen in diesem komplett abgeschirmten Lager leben. Das Zwangslager in Marzahn gilt als Vorstufe für den speziell zur Ermordung von Sinti*zze und Rom*nja errichteten Block im Vernichtungslager Auschwitz. Dorthin wurden ab 1943 viele der Gefangenen aus Marzahn deportiert, um sie zu ermorden. Auch Otto Rosenberg, der mit seiner Familie ab dem neunten Lebensjahr bis 1943 sechs Jahre im Marzahner Zwangslager gefangen war, erlitt dieses Schicksal. Als einer der wenigen überlebte er das Konzentrationslager. Nach dem Krieg war er Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender vom »Landesverband Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg«.

Neben den genannten Punkten gibt es sowohl auf dem Parkfriedhof als auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf allgemein noch weitere Gedenkort, die an die Grausamkeit der nationalsozialistischen Verbrechen und ihre Opfer erinnern.

→

27.01.2021

Antifaschistisches
Gedenken am
Gedenkstein für die
Opfer der Euthanasie
auf dem Gelände
des Griesinger-Kranken-
hauses in Mar-
zahn-Hellersdorf.
Bild von Kim Winkler



Antifaschistisches Gedenken im ganzen Bezirk

Die Ansprachen am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus bildeten den Auftakt für eine antifaschistische Gedenktour durch den Bezirk. Auf dem Parkfriedhof besuchten die Einzelgruppen gemeinsam die Gedenkstele für die ermordeten Zwangsarbeiter*innen sowie den Sowjetischen Ehrenfriedhof und gingen danach zum nahe gelegenen Erinnerungs- und Gedenkort an das Zwangslager Marzahn auf dem Otto-Rosenberg-Platz (s Infokasten). An jedem dieser Orte wurden einige stille Momente des kollektiven Gedenkens und Erinnerns verbracht. Die mitgebrachten Blumen und Kerzen betonten zusammen mit den weithin sichtbaren Fahnen den antifaschistischen Charakter des Zusammenkommens. Dies ist ein wichtiges politisches Zeichen in einem Kiez mit hohen Wahlergebnissen für die AfD. Nach diesen vier Stationen teilten sich die Gruppen auf und besuchten individuell noch sechs weitere Gedenkorte an die Opfer des Nationalsozialismus im Bezirk, um dort explizit antifaschistische Zeichen zu setzen. Bezeichnenderweise erschien bei der Aufteilung der Gruppen ein Mannschaftswagen der Polizei. Dessen Insassen fingen sofort an, die anwesenden Antifaschist*innen wortlos zu bedrängen. Wahrscheinlich sollte hier unter dem Vorwand des Infektionsschutzes antifaschistisches Engagement durch Einschüchterung verhindert werden. Insgesamt waren rund um den Parkfriedhof mehrere Gruppenwagen der Polizei eingesetzt. Sogar Beamt*innen in zivil patrouillierten

über das Friedhofsgelände und belästigten Teilnehmende des Gedenkens. Offensichtlich ist dem Bezirk und der Polizei ein klares Bekenntnis gegen jeden Faschismus selbst am 27. Januar weiterhin suspekt.

Ein möglicher neuer Weg des Gedenkens

Sicherlich waren die Ausgangsvoraussetzungen für ein Gedenken in diesem Jahr ungünstig. Im Angesicht der gegenwärtigen Pandemie wurden viele Gedenkveranstaltungen - nicht nur in Marzahn - abgesagt. Dennoch hat das eigenständige antifaschistische Gedenken in diesem Jahr aus der Zwangslage heraus einen möglichen Weg für die Zukunft aufgezeigt. Statt der immer gleichen Bekenntnisse auf der bezirklichen Gedenkfeier, die kaum praktische Konsequenzen haben, konnten eigene Inhalte gestärkt werden. Zugleich war die Gedenktour eine Gelegenheit, um die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus breit zu streuen, die vielen verschiedenen Orte, Geschichten, Namen und Plätze aufzusuchen, und nicht nur auf einen Ort im Bezirk zu fokussieren. So kann ein Gedenktag als Anlass dienen, antifaschistische Praxis explizit in der Stadt sichtbar zu machen. Denn nur ein wahrnehmbarer Antifaschismus kann helfen, neofaschistische Akteur*innen, unter anderem in Form der AfD, zurückzudrängen. In diesem Sinne hoffen wir auch im nächsten Jahr auf eine breite Beteiligung zum Gedenken am 27. Januar in Berlin.



»Hier leben, arbeiten, studieren und politisch aktiv sein«

Antifaschistische Vernetzung Marzahn-Hellersdorf

Die Antifaschistische Vernetzung Marzahn-Hellersdorf wurde im Frühjahr 2020 von Menschen gegründet, die hier leben, arbeiten, studieren und politisch aktiv sind. Wir sind ein Zusammenschluss von Antifaschist*innen aus unterschiedlichen linken Spektren, der sich zur Aufgabe gemacht hat, rechte und neonazistische Aktivitäten im Bezirk zu beobachten, zu benennen und zu bekämpfen. Gefunden haben wir uns über gemeinsame Projekte und den Wunsch, eine handlungsfähige und organisierte antifaschistische Struktur im Bezirk zu schaffen.

In Marzahn-Hellersdorf gibt es nicht erst seit den »Nein zum Heim«-Demonstrationen gegen die Unterbringung von geflüchteten Menschen 2015/ 2016 militante Neonazistrukturen. Die Kontinuität wird vor allem an den Morden an Nguyễn Văn Tú (1992) und Ingo Binsch (2001) deutlich. Daniel Birkefeld, ein Teilnehmer des Mordes an Nguyễn Văn Tú, sitzt aktuell für die AfD in der BVV und ist ein Beispiel für die deutliche Verzahnung der AfD Marzahn-Hellersdorf mit der gewaltbereiten Neonaziszene.

Die massive Ausbreitung und Salonfähigkeit rechter Ideologien in den letzten Jahren zeigen sich unter anderem an den Wahlergebnissen des AfD Bezirksverbands (23% im Jahr 2019), der innerhalb der Partei dem extrem rechten Höcke-Flügel zuzuordnen ist, aber auch an den alltäglichen Übergriffen auf Menschen, die nicht in das rechte Weltbild passen. Seit dem zweiten Lockdown findet jeden Freitag ein Autokorso gegen die Corona-Maßnahmen statt. Dieser bildet ein gefährliches Sammelbecken für Verschwörungsideolog*innen, Coronaleugner*innen und Personen aus dem extrem rechten Spektrum.

Dies sind nur einige Aktivitäten, denen wir entschlossen entgegengetreten und über die wir aufklären wollen, damit bekannt wird, was im Bezirk geschieht. Im vergangenen Jahr haben wir deshalb eine erste Kundgebung für *solidarische Kieze statt Naziekieze* veranstaltet und uns an weiteren Projekten, wie dem Gedenken an den 76. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 und Protesten gegen Veranstaltungen der AfD in der Hönowener Gaststätte »Mittelpunkt der Erde« mit Götz Kubitschek und Björn Höcke beteiligt.

Wir möchten antifaschistische, antirassistische und feministische Arbeit in Marzahn-Hellersdorf machen und damit vor allem junge Menschen erreichen.

Falls Ihr uns kennenlernen und mitmachen wollt oder Fragen habt, dann meldet Euch gerne bei uns!

Antifaschistische Grüße gehen raus!

Kontakt:

E-Mail: avmahe@systemli.org

Instagram: @avmahe

twitter: www.twitter.com/Antifainfomahe

Facebook: www.facebook.com/antifainfo.mh



Feminizide an Mutter und Tochter in Marzahn-Hellersdorf

Homa und Tajala Aufklärungsinitiative und das Netzwerk gegen Feminizide

Inhaltswarnung:

Der erste Teil dieses Artikels beschreibt sehr explizit und graphisch detailliert Gewalt gegen zwei Frauen und den Tatort des Mordes. Wenn euch dies zu viel ist, empfehlen wir euch, erst ab dem zweiten Abschnitt weiter zu lesen.

Was ist passiert?

Am Samstag, den 29. Februar 2020, um 06:20 Uhr morgens ging ein Mann zum S-Bahnhof Ahrensfelde, um mit der S-Bahn zur Arbeit zu fahren. Er stammte aus Afghanistan, wohnte mit seiner Frau und Tochter in der Wörlitzer Straße und arbeitete samstags auf einem Wochenmarkt in Schöneberg. Am Ende der ganztägigen Arbeit kaufte er Gemüse und Obst auf demselben Markt ein und nahm dann wieder die gleiche S-Bahn, aber dieses Mal Richtung Marzahn-Hellersdorf. Er rief wie jedes Mal seine Frau auf dem Weg Nachhause an, als die Bahn in der Nähe vom Alexanderplatz war. Da seine Frau nicht ans Telefon ging, versuchte er es weiter, jedoch weiterhin erfolglos. Als er an seiner

Wohnungstür ankam, konnte er die Tür nicht aufschließen, da das Schlüsselloch verstopft war. Es rannte nervös zurück zum S-Bahnhof, da seine Frau und Tochter ab und zu nach seiner Arbeit dort auf ihn warteten. Wieder ohne Erfolg kam er vor seine Wohnungstür zurück und rief die Polizei. Diese fand keine Einbruchsspuren und empfahl ihm einen Schlüsseldienst zu rufen. Als der Schlüsseldienst die Tür dann öffnete, schien die Familienwohnung nicht mehr wie das vertraute Zuhause: Die Wohnung war vollständig mit einem hellblau-weißlichen Feuerlöschpulver bedeckt. In diese surreale Realität trat der Ehemann und Familienvater ein und suchte zunächst seine Frau.

←

28. Februar 2021

Gedenken an Homa und Tajala in Marzahn, Bild von Kim Winkler

Was er allerdings in diesem Chaos als erstes finden konnte, war die Leiche seiner Tochter im Badezimmer, die von jemanden unbeschreiblich grausam inszeniert wurde. Der Vater fiel in Ohnmacht. Die Familienmutter, die von ihrem Mann besorgt gesucht wurde, lag tot im Flur unter aufgeworfenen Decken, Kissen und Matratzen.

Die Mutter und Tochter, Homa und Tajala, wollten ein sicheres und normales Leben hier in Deutschland führen. Wozu sie allerdings zum Schluss in diesem Land und sogar in ihrer eigenen Wohnung gezwungen wurden, war ein undenkbar unwürdiges und höchst schmerzliches Ende. Dieses Ende hat auch sehr merkwürdige und entsetzliche Merkmale hinterlassen. 1) Absolute 'Übertötung' und Inszenierung der Gräueltat: Die 38-jährige Homa wurde mit 37 Messereinstichen und einer Gebetskette auf ihrem Körper aufgefunden. Die 9-jährige Tajala wurde stranguliert, ihr Körper wies ebenfalls Messerstiche auf und ihr Kopf wurde im Toilettenbecken gefunden. 2) Manipulation der Todeszeit und Verdeckung der Spuren: Einerseits mit Stoffen und Matratzen und andererseits mit kaltem Wasser manipulierte/n der/die Täter/in oder Täter_innen den genauen Todeszeitpunkt. Darüber hinaus wurden die Spuren der Tat mit dem Feuerlöschpulver komplett bedeckt. Wer kann sich so etwas vorstellen? Wer kann so etwas jemandem antun? Die Familie und Freund_innen der beiden Opfer dieses schrecklichen Feminizids sind von der Tat extrem erschüttert, konnten aber leider nicht angemessen trauern, da sie nicht wissen, wer das getan hat.

*Anmerkungen der Autor*innen:*

Die Informationen der oben stehenden Textes sind Resultate der Prozessbeobachtung.



↑

28. Februar 2021

Gedenken an Homa und Tajala in Marzahn, Bild von Kim Winkler

Was machen wir als Initiative?

Die »Homa und Tajala Aufklärungsinitiative« ist einige Tage nach den Feminiziden entstanden, aus der Dringlichkeit einer sofortigen Unterstützung der Familie und Freund_innen heraus. Es herrschte eine extreme Angst und ein Gefühl von Bedrohung, insbesondere von rassistischen Anfeindungen in der Nachbarschaft. Von der Ermordeten nahestehenden Personen erfuhren wir als Initiative über die feindliche Umgebung, in der Homa und Tajala leben mussten, über ihre Rassismus-Erfahrungen im Wohnhaus und in der Nachbarschaft, und über die große Angst, die sie infolgedessen begleitete. Daher haben wir gemeinsam am 7. März 2020 einen Trauermarsch für Homa und Tajala in Marzahn organisiert. Hunderte von Menschen sind gemeinsam durch Marzahn bis zum Wohnhaus der Ermordeten gelaufen. Von der Afghanischen Community sind Menschen deutschlandweit nach Berlin eingereist, um an dem Trauermarsch teilzunehmen.

Schon wenige Tage nach den Feminiziden forderten wir die lückenlose Aufklärung dieses grausamen Mordes. Aufgrund von Berichten aus dem Umfeld der Opfer, die wir gehört haben, forderten wir, dass die Polizei in alle möglichen Richtungen ermittelt, und ganz konkret auch rassistische und frauenfeindliche Motive einbezieht. Allerdings hat die Polizei nur stur das Motiv ‚Habgier‘ verfolgt und Ende März 2020 wurde ein Afghanischer Nachbar, wohnhaft im selben Wohnhaus, festgenommen. Laut Angaben der Polizei ist dieser Nachbar der mutmaßliche Täter. Er sei wegen Geld in die Familienwohnung eingebrochen und habe die zwei Frauen ermordet, wobei es nach der Tat noch viel Geld in der Wohnung gab.

Seit September 2020 läuft der Gerichtsprozess. Als Initiative machen wir Prozessbeobachtung und sind anwesend bei den Gerichtsterminen. Im Gerichtsprozess wird nach Schema F gearbeitet – das Gericht ist bisher ohne Abweichungen nur dem polizeilichen Narrativ nachgegangen. Keine weiteren Spuren wurden untersucht, keine neuen Fragen gestellt. Jegliche Hinweise auf Rassismus-Erfahrungen der Ermordeten in der Nachbarschaft und im Wohnhaus wurden und werden ignoriert und nicht ernstgenommen. Mit jedem Prozesstermin wird deutlicher, wie nachlässig die Polizei ermittelte, wenn es nicht zu ihrem Anfangsverdacht passte: Vermerke fehlten in den Akten, genau dann wenn es um einen Nachbarn geht, von dem die geschädigte Familie rassistische Anfeindungen erleben musste. Dieser wurde nicht mal von der Polizei vernommen und sein Alibi wurde nicht umfassend geprüft. Die Ermittler_innen aus der Mordkommission geben im Gerichtssaal zu, dass sie das Motiv Rassismus ausgeschlossen haben, können aber nicht mal erklä-

ren, warum sie das taten. Der Umgang dieses Falls von Seiten der Polizei und des Gerichts als Fall zweiter Klasse macht sichtbar, wie tief systemischer Rassismus in diesen Institutionen verwurzelt ist, und wie dies zur weiteren Entmenschlichung der Ermordeten und zur Fortführung der Gewalt treibt – dagegen kämpfen wir als Initiative und hören nicht auf, eine vollständige Aufklärung des Mordes an Homa und Tajala zu fordern.

Nach einem Jahr, wo stehen wir?

Anlässlich des ersten Jahrestags des Feminizids an Homa und Tajala, haben wir am 28.02.2021 eine Gedenkveranstaltung organisiert. Sie fand im Bürgerpark-Marzahn, in der Nähe der Wohnung statt, in der Homa und ihre Tochter Tajala tot aufgefunden wurden. Gemeinsam mit etwa 90 Personen haben wir getrauert. Es wurden mehrere persönliche, inspirierende und kraftvolle Redebeiträge gehalten, darunter waren auch Vertreter*innen des Netzwerks gegen Feminizide, der Homa und Tajala Aufklärungsinitiative, sowie des Afghanischen Kommunikations und Kulturzentrums. Besonders bewegend war die Ansprache des Vaters und Ehemannes, zu Beginn der Kundgebung. Zwischen und nach den Beiträgen wurde die Veranstaltung musikalisch begleitet, Kerzen und Blumen wurden verteilt und an einer Gedenktafel, die vor der Kundgebung angebracht wurde, abgelegt. Der Gedenkstein befindet sich in der Nähe der Tram-Station Bür-

gerpark-Marzahn und wurde dort am Boden eingelassen. Auf dem Stein sind die Gesichter der Beiden eingraviert, ebenso die Worte »In unseren Herzen lebt ihr weiter«, die sowohl auf Dari als auch in der deutschen Übersetzung zu lesen sind. Nun werden wir versuchen die Gedenktafel von der Stadt offiziell anerkennen zu lassen, damit sie nicht wieder entfernt wird. Wir finden, dass ein Gedenkstein an einem öffentlichen Ort, wie dem Bürgerpark-Marzahn, den Anwohner_innen die Möglichkeit geben kann Anteil an den grausamen Feminiziden an Homa und Tajala zu nehmen. Auch soll der Gedenkstein an die geschlechtsspezifische Gewalt erinnern und mahnen, der Frauen und Mädchen ausgesetzt sind. Wir begrüßen und unterstützen den gewählten Ort des Gedenksteins, der von den Künstler_innen gewählt wurde. Der gewählte Ort liegt zwar nicht unmittelbar in der Nähe der Wohnung, in der die Beiden ermordet wurden, jedoch liegt der Park mitten in dem von Homa und Tajala genutzten Sozialraum. Zudem ist der Ort gut für alle Menschen zu erreichen, die das Bedürfnis haben den Beiden zu gedenken.

28. Februar 2021

Gedenken an Homa und Tajala in Marzahn

Bild von Kim Winkler

↓



Männlichkeit zwischen Vernichtungsfantasien und Selbsthass

Buchempfehlung Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults. Von Veronika Kracher, erschienen 2020 im Ventil Verlag, Mainz.

»Incels« ist die Kurzform von »involuntary celibate«, die Selbstbezeichnung von (zumeist) heterosexuellen Männern, die sich als unfreiwillig im Zölibat (also ohne Sex) sehen. Verantwortlich machen sie dafür Frauen, häufig gemischt mit einer guten Portion Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit. Sie vernetzen sich auf Image-Boards wie reddit, 8kun (vormals 8chan) oder dem deutschen Ableger Kohlchan und über Kommentarspalten von YouTube-Kanälen. Incels haben ein in sich geschlossenes Weltbild, welches kaum von außen zu durchdringen ist und durch Verschwörungsideologien aufrechterhalten wird. Ihre Abwertungs- und Gewaltfantasien begrenzen sich jedoch nicht auf das Internet – 2014 beispielsweise tötete beim Amoklauf von Isla Vista in Kalifornien ein Incel sechs Menschen und verletzte 13 weitere schwer. Auch die rechtsterroristischen Attentäter von Halle und Hanau weisen mit ihrem Hass auf Frauen eine Nähe zur Incel-Ideologie auf.

Die Journalistin Veronika Kracher hat ein Buch über Incels geschrieben, welches erstmals eine umfassende und tiefgreifende Analyse dieses Online-Kults gibt. Sie filetiert die Menschenverachtung der Incels, um deren Selbsthass, Depressionen und Ängste aufzuzeigen, und prangert Internetkulturen an, welche ein Gemeinschaftsgefühl allein aus der Abwertung Anderer ziehen. Mit Bildbeispielen zeigt die Autorin auf, welche Rolle Memes (also Bilder und kurze Videos, die mit Texten unterlegt werden), ein eigenes Vokabular und die Glorifizierung von Amokkläufern in der Selbstinszenierung von Incels spielen. Sie zieht dabei auch Parallelen zu anderen antifeministischen und extrem rechten Online-Vernetzungen.

Trotz der gewaltvollen Themen im Buch schafft es Veronika Kracher eingängig, mit viel Wut und Ironie die Leser*innen mitzunehmen. Immer wieder spricht sie direkt männliche Leser an und appelliert, das eigene Verhalten und die eigenen Ansichten zu reflektieren. Ein Glossar im Anhang erleichtert eine Orientierung zwischen den Szene-Begriffen wie blackpill, Femoid oder cuckold. Es wird deutlich, dass Incels in einer Gesellschaft entstehen, welche durch patriarchale und kapitalistische Strukturen geprägt und in denen dominante Männlichkeitsbilder und Frauenhass Alltag sind.



Die letzten Kapitel widmen sich pädagogischen und gesellschaftlichen Handlungsperspektiven und Gegenstrategien. Zu diesen gehört die Forderung nach Deplatforming, also dem Löschen bestimmter Foren und einzelner Accounts, außerdem nach einer gendersensiblen Pädagogik sowie einer Jungenarbeit, die Raum zur Auseinandersetzung mit Gewaltfreiheit und der Achtung von Grenzen bietet. Gesamtgesellschaftlich muss es eine nachhaltige Veränderung von Männlichkeitsvorstellungen geben, die vorgeben, wie attraktiv, dominant und erfolgreich man zu sein hast, um als Mann glücklich zu werden. Dem stellt Veronika Kracher die Utopie einer von Grund auf liebevollen und solidarischen Gesellschaft entgegen, die Menschen eine positive Gemeinschaftsbildung ermöglicht.

»Aufklären und Einmischen«

»Aydınlatma ve Müdahale«

»Inform & Interfere«

Zehn Jahre (Nicht-)Aufklärung des NSU-Komplexes

von Caro Keller (NSU-Watch)

1. Die Vergangenheit

Wenn sich die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) am 4. November 2021 zum zehnten Mal jährt, dann liegen zehn Jahre hinter uns, in denen es auf breiter Ebene nie eine angemessene Reaktion auf die Morde an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter, auf die rassistischen Sprengstoffanschläge in Nürnberg und Köln gegeben hat. Keine angemessene Reaktion auf die rassistischen Ermittlungen der Polizei, auf die rassistische Berichterstattung in den Medien. Auf die Verantwortung des Verfassungsschutzes und die rassistische Ignoranz der Gesellschaft. Die versprochene vollständige Aufklärung wurde nicht gegeben und nicht erzwungen, weil es letztlich zu wenig Interesse daran gab und gibt. Die Angehörigen und Überlebenden wissen bis heute nicht, warum konkret sie in ihren Läden und Straßen angegriffen wurden. Sie und wir wissen nicht, warum der NSU nicht gestoppt wurde, könnten aber viele Zeitpunkte benennen, an denen dies möglich gewesen wäre. Denn auch das bedeuten zehn Jahre Selbstenttarnung des NSU: Von der Nebenklage im NSU-Prozess, Journalist*innen, engagierten Abgeordneten, Aktivist*innen und von Antifaschist*innen wurde viel Wissen über den NSU-Komplex, über Neonazis, rechten Terror, Rassismus, die Polizei, den Verfassungsschutz und nicht zuletzt die deutsche Gesellschaft erarbeitet und erkämpft.

Wäre dieses Wissen ernst genommen worden – wir würden heute wohl in einer anderen Gesellschaft leben. Eine Gesellschaft, in der die Neonaziszene entwapfnet wäre, in der rechte Ideologien aufgearbeitet und zurückgedrängt wären. Eine Gesellschaft ohne institutionellen Rassismus und ohne Verfassungsschutz. Eine Gesellschaft ohne Pegida und ohne die AfD. Eine Gesellschaft, in der wir gemeinsam mit Armela S., Sabina S., Sevda D., Can L., Selçuk K., Janos Roberto R. Chousein bzw. Hüseyin D., Di-jamant »Dimo« Z. und Giuliano-Josef K., mit Walter Lübcke, mit

→

3. Oktober 2020

Bedrohung gegen Gastgewerbebetreiber*innen

Im Rahmen eines Neonaziaufmarsches am 3. Oktober 2020 wurde der S-Bahnhof Springpfuhl als Anreisetreffpunkt für eine dreistellige Anzahl organisierter Neonazis genutzt. Am Abend kehrten diese zur Abreise zum Bahnhof zurück. Eine Gruppe der Neonazis, bestehend aus mehreren dutzend Personen, verweilte während der Abreise längere Zeit auf dem Vorplatz des Bahnhofes. In diesem Rahmen pöbelten sie gegen Betreiber*innen umliegender Geschäfte aus rassistischen Motiven und bedrohten sie.

Quelle: Augenzeug*in / Register ASH

Jana L. und Kevin S., mit Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov leben würden. Denn sie wären nicht in München, Wolfhagen-Istha, Halle und Hanau ermordet worden. Doch rechtem Terror wurde die Grundlage nicht entzogen.

Trotzdem: Wir und viele andere – denn es gibt ihn sehr wohl, den solidarischen Teil der Gesellschaft – hören nicht auf, den NSU-Komplex als eine Zäsur zu begreifen, die das eigene antifaschistische Handeln verändert hat und weiter prägt.

Wir hören nicht auf, uns zu entsetzen, zu trauen, zu gedenken, aufzuklären, uns zu solidarisieren und um Aufklärung zu kämpfen.



Und dies auch vom Rest der Gesellschaft einzufordern. Nur weil wir wieder und wieder lernen müssen, dass wir uns auf Behörden, die Justiz, Politiker*innen und überhaupt alle unsere Nachbar*innen nicht verlassen können, wenn es um den Kampf gegen rechten Terror geht, heißt es nicht, dass sie aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

2. Die Gegenwart

Als unabhängige antifaschistische Beobachtungsstelle haben wir in den letzten zehn Jahren den Münchener NSU-Prozess



sowie diverse Untersuchungsausschüsse in den Ländern beobachtet. Wir haben zuletzt den Prozess zum antisemitischen und rassistischen Anschlag von Halle und den Prozess zum Mord an Walter Lübcke und zum Angriff auf Ahmed I. vor Ort und medial begleitet. Wir versuchen auf vielen Ebenen, die dort gewonnenen Informationen und unsere Analysen möglichst vielen Menschen zur Verfügung zu stellen. Sei es durch unsere Website, unser Buch »Aufklären und Einmischen«, unseren Twitter-Account, unseren Podcast oder unsere Vorträge im ganzen Land.

Wenn wir die drei genannten Prozesse vergleichen, stellen wir fest, wie unterschiedlich Gerichte mit rechten Taten und deren Betroffenen seit der Selbstenttarnung des NSU umgegangen sind und umgehen können. So ließen sich beim Halle-Prozess vereinzelt Verbesserungen feststellen. Die Nebenkläger*innen hatten in diesem Prozess mehr Raum als etwa in München. Im

Prozess wegen des Anschlags von Halle bestimmten die Betroffenen, ihre anwaltlichen Vertreter*innen und solidarische Menschen viel stärker die Atmosphäre im Gerichtssaal als dies in München möglich gewesen war. Auf viele der Statements der Betroffenen folgten Applaus oder – nachdem die Vorsitzende Richterin diesen untersagt hatte – stumme Ovationen im Stehen. In Magdeburg klatschten nicht die Neonazis, wie in München nach dem mündlichen Urteil. Klar ist aber: Dieser Raum wurde erkämpft. Dass es diesen Raum gab, hat auch mit dem unermüdligen Kampf um Anerkennung und um Aufklärung, den viele Betroffene rechter Gewalt und rechten Terrors – zum Beispiel Überlebende der Taten des NSU und Angehörige der vom NSU Ermordeten oder Überlebende der rassistischen Brandanschläge von Mölln – in den letzten Jahren geführt haben.

3. Die Zukunft

Dieses Niveau, das die Nebenklage im Halle-Prozess in Bezug auf den Umgang mit Nebenkläger*innen gesetzt hat, reicht zwar nicht aus, es darf aber auch nicht dahinter zurückfallen, wenn man rechten Terror aufklären und verhindern will. Der Senat im Prozess zum Mord an Walter Lübcke und zum Angriff auf Ahmed I. in Frankfurt zum Beispiel tat dies immer und immer wieder: In Bezug auf den Unwillen zur Aufklärung, die Missachtung der Angehörigen und Überlebenden und das Verharmlosen und Verkleinern des Geschehenen, und das desaströse Urteil betrachten wir den Prozess in Frankfurt als eine Art Fortsetzung des NSU-Prozesses.

2021 wird unter anderem geprägt sein von diesen Erfahrungen, die wir in den vergangenen zehn Jahren gesammelt haben. Es wird ein Jahr sein, in dem wir bittere Bilanzen ziehen müssen, um trotzdem gemeinsam mit den Betroffenen und den vielen solidarischen Menschen weiter zu kämpfen. Der rassistischen Mobilisierung steht die große Solidarität beispielsweise nach dem rassistischen Anschlag von Hanau entgegen. Man kann gleichzeitig verzweifeln und Hoffnung schöpfen. Es liegt auch an uns, welche Seite die ausschlaggebende für die Zukunft der Gesellschaft sein wird.

Zum Weiterlesen:

Website von NSU-Watch: www.nsu-watch.info/
 Podcast-Reihe von NSU-Watch: www.nsu-watch.info/podcast/
 NSU-Watch (2020): Aufklären und Einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess.
 Verbrecher Verlag Berlin.



In Gedenken an Karin

5. Juni 1957 – 14. Oktober 2020

Wir wollen an unsere letzten Herbst verstorbene Genossin, Kollegin, Verbündete und liebe Weggefährtin Karin erinnern und hier ihren Freund*innen, ihrer Familie und vor allem ihrer Lebenspartnerin Mathilde unsere herzliche Anteilnahme aussprechen. Wir trauern mit Euch. Im Wissen darum, dass Karin selbst nicht gern in der Öffentlichkeit stand, haben wir uns dennoch dazu entschlossen, unsere gemeinsam geteilte Erinnerung und unsere Gedanken an Karin in dieser ersten Ausgabe der »Dunkelziffer Unbekannt« nach ihrem Tod zu veröffentlichen. Wir hoffen, dies ist nicht nur in unserem, sondern auch in Deinem Sinne, Karin. Karin war eine der Gründer*innen des AK gegen Rechte Gewalt an der ASH Berlin und hat bei uns bleibenden Eindruck hinterlassen. Zusammen mit anderen hat sie einen Ort geschaffen, an dem Menschen verschiedener Statusgrup-

pen zusammenkommen, um sich dafür einzusetzen, dass der Kampf gegen rassistische, antisemitische und rechte Strukturen in Hochschule und Bezirk aufgenommen und weitergeführt wird. Karin hat den AK über Jahre geprägt mit ihrer direkten und entschlossenen Art, ihrem Humor und begeisterten Pragmatismus. So wurde das Transparent »Gemeinsam Nazis und Rassismus entgegentreten – hier und überall« auf ihre Initiative wiederholt an der Fassade angebracht, auch wenn es zwischendurch mal wieder »verschwunden« war. Sie hisste die Regenbogenflagge, unterstützte Studierende, organisierte Veranstaltungen und engagierte sich für eine politische Praxis ohne Status-Barrieren. Bei der Aktion »Keine Blumen für die AfD« legte Karin selbst Hand an und verteilte vergammelte Blumen an die Bezirksverordneten der etablierten Parteien der BVV Marzahn-Hellersdorf, sie schrieb für

die »Dunkelziffer Unbekannt« und war bei unzähligen Soli-Kuchenständen dabei. Stets respektvoll und mit scharfem analytischem Blick zu nahezu »allen Schandtaten bereit«, auch für die kleinsten politischen Aktionen war sie sich nicht zu schade. Sie wurde mit ihrem Lachen und ihrer kämpferischen Energie ein starkes Vorbild für uns und so werden wir sie in Erinnerung behalten. Es ist unfassbar traurig, dass gerade Dir der verdiente Ruhestand, mehr Zeit für den geschätzten Garten und neue Projekte nicht vergönnt war. Wir bedanken uns für deine Offenheit und Herzlichkeit, für deinen Einsatz, für deine Geduld und deine Bereitschaft, all dein Wissen an uns weiterzugeben, wissbegierig neues Wissen aufzugreifen und mit uns zu teilen. Wir vermissen Dich.

Deine Genoss_innen und Freund_innen
vom AK gegen Rechte Gewalt

Kontaktadressen an der ASH:

Antirassistische Registerstelle der ASH Berlin

Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin
E-Mail: arreg@ash-berlin.eu
Post: Im Eingangsbereich an der Pforte befindet sich ein blauer Briefkasten über den ihr – auch anonym – Kontakt aufnehmen könnt.
Website: www.asta-ash.eu/registerstelle/
Twitter: www.twitter.com/registerASH-MaHe

Projekt EmpA – Empowerment, Sensibilisierung und antirassistische Öffnung

Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin
E-Mail: empowerment@ash-berlin.eu und krishnamurthy@ash-berlin.eu
Website: www.ash-berlin.eu/internationales/empa-empowerment-an-der-ash-berlin/

ASta Referat für Antira – Antifa

E-Mail: antirafa@ash-berlin.eu
Website: www.asta-ash.eu/referat-fuer-antira-antifa/
Twitter: www.twitter.com/ASta_ASH_Berlin

ASta Referat für Antidiskriminierung

E-Mail: antidis@ash-berlin.eu
Website: www.asta-ash.eu/referat-fuer-antidiskriminierung/

ASta BiPoC Referat & »Ich bin da!« Initiative der ASH Berlin

E-Mail: BiPoC@ash-berlin.eu
Website: www.asta-ash.eu/bpoc-referat/
Facebook: www.facebook.com/bipocre-fash

Netzwerk Antidiskriminierungsberater_innen

An der ASH bietet ein Netzwerk aus Antidiskriminierungsberater_innen eine vertrauliche und wenn gewollt anonyme Erstberatung an. Die Erstberater_innen agieren vertraulich und ggf. anonym und unterstützen Sie von Verweisberatung bis hin zu Beschwerdeverfahren.
Website: www.ash-berlin.eu/hilfe-bei-diskriminierung/

Kontaktadressen in Marzahn-Hellersdorf

Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf & Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf

Neue Grottkauer Straße 3 / Raum 11a
12619 Berlin
Tel.: 030-99 27 50 98
Fax: 030-99 27 50 97
E-mail: pfd-mh@stiftung-spi.de
Webseite: www.demokratie-mh.de

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Leitung: Moritz Marc
Neue Grottkauer Straße 5, 12619 Berlin
Telefon: 030 – 92 25 71 40
Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de
Website: www.koordinierungsstelle-mh.de/

Antifaschistische Vernetzung Marzahn-Hellersdorf

E-Mail: avmahe@systemli.org
Instagram: www.instagram.com/avmahe/ | [@avmahe](https://twitter.com/avmahe)
twitter: www.twitter.com/AntifaInfo-mahe
Facebook: www.facebook.com/antifainfo-mh

Begegnungsprojekt LaLoka (Ladenlokal)

Das LaLoka wird im Frühjahr 2021 in der Träger von pad gGmbH wieder eröffnet als nachbarschaftlicher Anlaufpunkt für Geflüchtete und engagierte Nachbar*innen. Geplant sind Sprachtrainings, Computerkurse (für Frauen), internationale Alltagsgespräche, Lesegruppen, Ausstellungen von lokaler Kunst und Handwerk sowie Workshops und Informationsabende von und für Geflüchtete.
Leitung: Sajid Khan
Schneeberger Straße 9, 12627 Berlin
Telefon: 0159-06792976
E-Mail: laloka@pad-berlin.de

Kontaktadressen Berlinweit

Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin

Die Berliner Register dokumentieren gewalttätige Angriffe, Beleidigungen, Propaganda, Veranstaltungen, Sachbeschädigungen und strukturelle Benachteiligungen aus extrem rechter, antisemitischer, rassistischer, LGBTQ*-feindlicher, sozialchauvinistischer und behindertenfeindlicher Motivation.

Das Ziel der Berliner Register ist es, alltägliche Formen von Diskriminierung sichtbar zu machen, um Gegenstrategien zu entwickeln.

Die Dokumentation der Vorfälle wird veröffentlicht und kann auf der Internetseite der Berliner Register in der Chronik für jeden Bezirk eingesehen werden.

Post: Berliner Register, Sewanstr. 178, 10319 Berlin
E-Mail: info@berliner-register.de
Telefon: 01520-442 574 6
Website: www.berliner-register.de

Reach Out - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Reach Out berät und unterstützt Opfer, Zeug*innen und Angehörige von Menschen, die rassistische, antisemitische oder rechte Gewalt erlebt haben. ReachOut dokumentiert gewalttätige Angriffe mit rechtem, rassistischem, und antisemitischem Hintergrund in einer Berlinweiten Chronik. In der Bildungsarbeit sensibilisiert ReachOut Menschen für die Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus.
Beusselstr. 35 (Hinterhaus 4. Etage), 10553 Berlin
Telefon: 0157 / 75 10 47 61 und 0175 / 5 44 75 67
E-Mail: info@reachoutberlin.de
Website: www.reachoutberlin.de

Each One – Antidiskriminierungsberatung

EACH ONE bietet Beratung für Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen in Berlin in allen Fällen von Diskriminierung an.
Müllerstr. 56 - 58, 13349 Berlin
Telefon: 030 - 983 241 77
E-Mail: eachone@eoto-archiv.de
Website: www.eoto-archiv.de/antidiskriminierungsberatung/

MBR – Mobile Beratung gegen Rechts-extremismus Berlin

Die MBR ist in Berlin Anlaufstelle für alle, die bei konkreten extrem rechten, rechtspopulistischen, rassistischen und antisemitischen Anlässen sprechen- und handlungssicher werden wollen, ob im beruflichen oder im privaten Kontext. Die MBR unterstützt bei der Entwicklung situationsbezogener Handlungsstrategien.
Anschrift: Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 817 985 810
E-Mail: info@mbr-berlin.de
Website: www.mbr-berlin.de/



REWE

REWE



gefördert durch:

